

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

EU-Agrarreform: Auf dem Weg

Foto: Herzog

EU-Agrarreform

Die EU-Kommission hat nun Vorschläge für eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Aus Sicht der bäuerlichen Landwirtschaft gibt es gute Ansätze, die noch nicht konsequent genug umgesetzt wurden. Dazu die **Seiten 2 und 11-14**

Bewegung

Der Wirkstoff Glyphosat sorgt für Schlagzeilen, kritische Wissenschaftler berichten von gesundheitsschädigenden Wirkungen, gleichzeitig spielt er die zentrale Rolle im Anbau von Genpflanzen. Hier muss die Bewegung gegenhalten! Auf den **Seiten 3 und 16**

Tierhaltung

Bäuerliche Tierhaltung braucht gesellschaftliche und politische Unterstützung. Dies gilt im Biobereich wie auch für konventionelle Betriebe und für alle Tierarten. Wie diese Unterstützung aussehen kann zeigen Berichte auf den **Seiten 5, 6 und 7**

Die Seite 3

„Das Rückrat der Monokultur“ 3

Agrarpolitik

Bauern zu Konzernknechten 4

Erster Riegel vor agrarindustriellem Stallbau 5

KWS, ökologisches Saatgut, Gentechnik 18

Tierhaltung

Bio-Eier boomen 6

Milch

Milch-Angebotssteuerung auf US-amerikanisch 7

Bewegung

Kirchen und Höfe 8

Startschuss für Dialog auf Bauernhöfen 10

Schwerpunkt

Die Vorschläge der EU-Agrarreform 11

..... 12

Reaktionen auf die Vorschläge der GAP-Reform 13

Nachbau

Kämpfen für gerechte Nachbaulösung! 15

Gentechnik

Glyphosat: Eine Zeitbombe 16

Patentamt scheut Öffentlichkeit 17

Ein Patent für Europa 17

Landleben

Zwischen Käse und Kuhkacke 20

Weitere Themen

**Zu Besuch bei Jörn Manke und Bärbel Endraß, Seite 9;
 Leserbrief, Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen Seite, 21;
 Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

In Teilen der Landwirtschaft schreitet die Industrialisierung in einem Ausmaß voran, das zuvor Jahren noch unvorstellbar war. Die Größenordnungen, in denen neue Stallplätze aus dem Boden gestampft werden, lösen selbst bei zurückhaltenden Beobachtern großes Unbehagen aus: Wie soll das gut gehen? Wo soll das noch enden? Die Biogasanlagen kommen noch dazu. Viele Berufskolleginnen und Kollegen fragen sich, bisher meistens noch im Stillen, ob für sie da noch Platz bleibt. Dass eine wachsende Zahl an Ställen und Anlagen bereits in außerlandwirtschaftliche Hände, einschließlich Raiffeisengenossenschaften, übergeht, tröstet nicht gerade. Es verdeutlicht die Interessenlage, die hinter der Entwicklung steht. Es tobt ein Kampf um die Rohstoffbasis für die Agrarindustrie, für Schlachthöfe, Milchindustrie, Energieunternehmen. Das treibt den Wettlauf um die Produktionsressourcen Fläche und genehmigte Stallkapazitäten. Die Wortführer im Bauern-



Kommentar

Gute Grundlage

verband berauscht das offenbar. Sie wehren sich vehement gegen jeden Versuch, diesem irrsinnigen Konkurrenzkampf wirksame Grenzen zu setzen.

Doch ihre Rechnung haben Industrie und Bauernverband ohne die Bevölkerung gemacht. In der Gesellschaft wächst der Widerspruch gegen die fortschreitende Industrialisierung in der Landwirtschaft. Es ist mitnichten eine Auflehnung gegen die Bauern, sondern eine klare Parteinahme für die Bauern, für die bäuerliche Landwirtschaft. Bisher brauchte dieser breite gesellschaftliche Grundkonsens die Aufmerksamkeit von Krisen oder Skandalen, um sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Das ändert sich gerade. Die Entwicklungen vor Ort sind Anlass genug, um danach zu fragen, was agrarpolitisch falsch läuft und verändert gehört.

In diese Gemengelage hinein kommt nun EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos mit seinen Vorschlägen zur Reform der EU-Agrarpolitik. Gemessen an dem, was notwendig ist, sind diese Vorschläge enttäuschend. Aber vom Ansatz, vom Instrumentarium her weisen sie eindeutig in die richtige Richtung und verdienen Verstärkung.

Die Bindung der Zahlungen in der ersten Säule an die ökologischen Standards Fruchtfolge, Grünlanderhalt und Vorrangflächen für ökologische Nutzung ist richtig. Das kommt dem AbL-Vorschlag nahe, auch wenn die Ausgestaltungen im Detail stark abweichen. Der Vorschlag der Kommission, dass in der Fruchtfolge eine Frucht 70 Prozent der Ackerfläche ausmachen darf, nimmt eben nicht den Anreiz, Mais nach Mais anzubauen. Für einen Fruchtwechsel braucht es eine Begrenzung auf die halbe Ackerfläche. Außerdem drückt sich die Kommission um die Berücksichtigung der Leguminosen. Trotz allem wettet der Bauernverband lautstark gegen den Kommissions-Vorschlag. Im Zusammenhang mit den ökologischen Vorrangflächen ist er sich auch nicht zu schade, mit der bewussten Falschbehauptung von Zwangsstillegungen Stimmung gegen den gesamten Ansatz zu machen. Allen ist klar, dass es nicht darum geht, Flächen aus der Lebensmittelherzeugung zu nehmen, sondern dass die Art der Erzeugung ökologischer ausgerichtet werden muss.

Ein anderer Punkt geht ganz klar auf das Konto jahrelanger AbL-Arbeit: Nie zuvor war die Arbeitskraft als ein Bemessungskriterium für die Direktzahlungen in einem Gesetzesvorschlag der Kommission so klar verankert. Auch hier gilt: Die konkrete Ausgestaltung ist noch mangelhaft. Aber der Punkt ist drin! Erst dadurch ist die Tür offen, um die Mängel zu beheben und für Mitgliedsstaaten und Bundesländer das Recht einzufordern, weitergehende Regelungen zu treffen und den Arbeitszeitbedarf als einen Maßstab für die Zahlungen einzuführen. So, wie es die Berufsgenossenschaften umgekehrt schon vollziehen. Nicht umsonst setzen Bauernverband, Ostminister und Bundesregierung alles daran, diese Tür schnellstens wieder zu verbarrikadieren. Wir müssen also den Fuß drin lassen! Diese Reform dauert länger als die vorigen, die letzten Entscheidungen fallen erst 2013. Die Vorschläge der Kommission sind eine gute Grundlage, darauf können wir aufbauen. Das wachsende gesellschaftliche Interesse an der Agrarpolitik ist dabei eine wesentliche Unterstützung. Deshalb rufen wir Sie und Euch alle auf, sich aktiv in die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ einzubringen, damit niemand mehr daran vorbeikommt: Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik. Bäuerliche Landwirtschaft ist Zukunftswirtschaft.

Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,
 Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Impressum

b unabhängige
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Marlene Herzog: 02381-9053173;
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/
Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

„Das Rückrat der Monokultur“

Der argentinische Wissenschaftler Dr. Andrés Carrasco berichtet über Missbildungen durch Glyphosat

Auf rund 20 Millionen Hektar wächst in Argentinien genveränderte Soja – Tendenz steigend, denn damit lässt sich prächtig verdienen. Eine Ausfuhrsteuer von 35 Prozent beschert dem Staat üppige Steuereinnahmen. Die Felder werden meist mit einem Cocktail aus Agrochemikalien besprüht. Hauptbestandteil: Glyphosat.

Der argentinische Embryologe Dr. Andrés Carrasco (Universität Buenos Aires) untersuchte, ob Glyphosat gesundheits-schädigende Wirkungen hat. In einer 2010 veröffentlichten Studie stellt er fest, dass Glyphosat zu schweren Missbildungen bei Embryonen führt, wenn diese mit Glyphosat in Kontakt kommen.

Unabhängige Bauernstimme: Gibt es Kontrollmechanismen für den Einsatz von Glyphosat? Inspektoren, die das kontrollieren.?

Dr. Carrasco: Nein. Jeder kauft und mischt „gemäß den Anweisungen“ und sprüht es auf die Felder, was ihm gerade passt. Sie müssen sich das vorstellen wie beim Austausch eines Computers: Schnell finden sich Experten, die sagen: „Wenn du noch ein bisschen hiervon und davon dazutust, wird sich deine Ernte um 20 Prozent erhöhen.“ Und die Leute machen das. Es ist ihnen völlig egal, was sie da auf ihre Felder kippen. Und sie feiern dann, wenn sich ihre Ernte um ein Fünftel erhöht.

Das mit den Regeln funktioniert nirgendwo, auch nicht in Deutschland. Nur, Argentinien hat ein besonderes Problem: Von über 300 Millionen Litern Agrochemikalien, die in Argentinien jährlich versprüht werden, sind 200 Millionen Glyphosat. Diese 200 Millionen Liter gehen auf 20 Millionen Hektar Land. Dadurch werden zehn Millionen Menschen potenziellen Gesundheitsschäden ausgesetzt. Diese Technologie zerstört uns langfristig sozial und wirtschaftlich und vielleicht auch in ökologischer und biologischer Hinsicht und greift die Gesundheit der Menschen an.

Sie haben herausgefunden, dass Glyphosat den Gehalt der Retinsäure im Embryo verändert...

Retinsäure ist ein Derivat des Vitamin A. Sie weist eine sehr genaue Verteilung im Embryo auf, die sich keinesfalls ändern darf. Glyphosat verändert aber den Metabolismus dieser Substanz, so dass sich deren Konzentration erhöht.

Das kann nur eins bedeuten: Wir greifen in den Embryo ein. Das ist nicht zu empfehlen, wenn man will, dass sich der Embryo weiterentwickelt. Ich möchte beto-

nen, dass es möglicherweise noch andere Pestizide, Herbizide oder Insektizide gibt, die denselben Mechanismus bewirken.

Wäre Ihrer Meinung nach eine Neuklassifizierung notwendig?

Wenn Firmen Tests auf Toxizität durchführen und dabei diese Methoden anwenden würden, wäre es möglicherweise schwierig, diese Produkte weiter auf den Markt zu bringen. Sie würden die Prüfungen nicht bestehen. Dabei sind die von uns verwendeten Konzentrationen sehr weit unterhalb der normalerweise verwendeten Mengen. Deshalb schwebt über den Agrochemikalien ein Damoklesschwert. Wenn angesichts des Vorsichtsprinzips jemand mit Untersuchungen beginnt, würden einige Agrochemikalien auf der Strecke bleiben.

Es gibt direkt Geschädigte und meines Wissens auch Proteste in Regionen, wie dem Chaco. Gibt es eine Debatte zu diesem Thema?

Der Gouverneur der Region Chaco hätte vergangenen September nicht mit mehr über 65 Prozent der Stimmen wiedergewählt werden können, wenn Umwelt- und Gesundheitsschäden durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ein Thema wären. Gouverneur Capitanich verhandelt mit Saudi-Arabien über die Verpachtung von 200.000 Hektar Land des Impenitrable, eines naturbelassenen Berglands im Chaco. Eine Sache sind Strafen, weil ein Delikt begangen wurde. Eine andere ist es, dem Gouverneur auf der politischen Ebene zu erlauben, dass er Hunderttausende Hektar Land ans Ausland verpachtet. Es ist eine politische Entscheidung, dass ihn niemand daran hindert.

Vor den Wahlen sehe ich alle protestieren. Es scheint, als wäre eine Debatte angeschoben. Aber dann wird Gouverneur Capitanich mit 65 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Da gibt es einen Bruch zwischen dem, was einer in seiner kleinen Welt sieht und wie sich das anschließend in der Politik widerspiegelt.

Welche Rolle spielen die Medien dabei?

Wenn die Medien sich des Themas annehmen würden, gäbe es viel sozialen Druck. Aber das tun sie nicht. Stattdessen gab es Druck auf die Medien, das Thema nicht weiterzuverfolgen. Ich weiß, dass viele Meldungen, die mich betreffen, zensuriert worden sind. Bekannte Journalisten haben zu mir gesagt: „Schau mal, das können wir nicht bringen, denn es würde diesen oder jenen Minister treffen.“

So verbleibt das Thema in den Provinzen

Rio Negro und Chaco. In den Großstädten, mit ihren enormen Aktivitäten auf dem Mediensektor, ist das Problem nicht angekommen. Die Region Chaco spielt beim politischen Fortkommen keine Rolle.

Politisch ist völlig egal, was auf dem Land geschieht?

Es klingt heftig, aber: Wenn die Sprühflugzeuge mit den Agrochemikalien über die Städte fliegen würden, würde diese Regierung schlichtweg umfallen. Die Städter fühlen sich nicht als Geschädigte. Viel schlimmer ist noch ein anderer Grund: Alle Welt weiß, während wir weitermachen, mehr Land verpachten, mehr Soja produzieren, werden wir noch mehr Geld haben. Darum hat Frau

Bauern, der eine Diskussion auslösen könnte?

Die Bauern wissen, was vor sich geht. Aber der Bauer verpachtet sein Land für den Soja-Anbau an eine ausländische Firma. Er selbst geht in die Stadt. Dort lebt er in seinem Apartment und erhält jeden Monat einen Scheck. Verpachte 1.000 Hektar Land und du kannst leben, ohne dafür einen Finger krumm zu machen. Das ist eine sehr vertrackte Situation. Auch die Landwirte selbst befördern mit der Verpachtung die Landkonzentration und die Ausbeutung der Böden. Es braucht ein spezielles Gesetz, das die Verpachtung regelt. Wenn man das tut, bricht man das Rückgrat der Monokulturen. Dann würde das ganze System des Anbaus gentechnisch veränderter



Glyphosat schädigt Embryonen! Dr. Andrés Carrasco berichtet von seinen Forschungen.

Foto: Gersmann

Kirchner mit mehr als 50 Prozent die Wahlen gewonnen und darum wurde Gouverneur Capitanich wiedergewählt.

Sind die Einnahmen im Geldbeutel des kleinen Mannes angekommen?

Die Regierung war sehr geschickt beim Verteilen. Die Renten sind gestiegen, die Löhne der Staatsbediensteten, der Wissenschaftler, der Angestellten im öffentlichen Dienst, der Universitätsprofessoren. Das System der Krankenversicherung wurde verbessert. Vielen Bereichen, die chronisch klamm bei Kasse sind, geht es jetzt also besser. Auch die Medien haben profitiert.

Trotzdem, wo ist der Widerstand der

Pflanzen nicht mehr funktionieren. Denn dieses Landwirtschaftsmodell ist angewiesen auf Direktsaat, genverändertes Saatgut, Agrarchemikalien und Landkonzentration. Wenn ich nur einen Faktor davon aushebele, funktioniert das ganze Modell nicht mehr.

Aber die Bauern wissen, dass sie besser jetzt mit der Verpachtung von Land ein bisschen Geld machen. Nur, anschließend wird man ihnen ein Stück Land zurückgeben, das vielleicht lange Zeit nicht nutzbar ist. Mittel- und langfristig verkaufen sie ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Wir werden abwarten müssen, wie sie weiter reagieren werden.

Bettina Hoyer

Freie Journalistin, Berlin

Investoren und Land I

Eine Fläche so groß wie Westeuropa, 227 Mio. Hektar Land, wurde weltweit seit 2001 aufgekauft oder gepachtet, der Großteil davon in den letzten zwei Jahren. Dies haben Untersuchungen von Oxfam ergeben. Vielfach, so Oxfams Agrarexpertin Marita Wiggerthale, handele es sich hierbei um Landgrabbing. „Das heißt, Investoren ignorieren die Rechte und Bedürfnisse armer Menschen, die das Land bearbeiteten und davon lebten. Sie verlieren ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen, ohne zuvor angehört oder entschädigt zu werden und ohne die Verträge anfechten zu können.“ Land ist rar und kostbar geworden in Zeiten wachsender Weltbevölkerung und schwächelnder Finanzmärkte. Immer mehr außerlandwirtschaftliche Investoren steigen gerade in armen oder politisch instabilen Regionen in den Bodenmarkt ein und vertreiben zumeist die ansässigen Kleinbauern. Die ebenfalls für die Rechte der Kleinbauern streitende Organisation GRAIN wurde für ihr Engagement gegen das Landgrabbing – unter anderem durch die Öffentlichmachung der Ungerechtigkeiten auf einer Homepage – mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. **cs**

Investoren und Land II

In einer Untersuchung zum deutschen Bodenmarkt vor dem Hintergrund zunehmenden Interesses außerlandwirtschaftlicher Investoren auch in Europa kommt das von Thünen-Institut (vTI) im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu der Erkenntnis, dass man kaum pauschale Aussagen treffen könne. Motive und Aktivitäten der Investoren in den untersuchten Regionen seien ausgesprochen vielschichtig. Die BVVG habe der Studie zufolge insofern zu Preissteigerungen beigetragen, als nun häufiger ohne Rücksicht auf private Umstände zum Marktpreis verkauft werde, während sonst häufig persönliche Beziehungen eine Rolle gespielt hätten. Nicht nur das führt durchaus zu Interessenskonflikten. Deutsche außerlandwirtschaftliche und landwirtschaftliche Investoren wenden den Blick immer gerne nach Osten, Russland und die Ukraine standen im Mittelpunkt einer DLG-Fachtagung. Die Perspektiven, dort Geld zu verdienen, werden als gut beurteilt, so denn die politischen Verhältnisse stabil sind und die größte Herausforderung gelänge – die Menschen vor Ort mitzunehmen. **cs**

Betriebsgenehmigung erloschen?

In Ostfriesland blockierten 25 Bauern Mitte Oktober anlässlich der Gesellschafterversammlung den Zugang zur Biogasanlage der Deutschen Biogas AG in Klostermoor. Hintergrund war die Einschätzung, dass die Betriebsgenehmigung der Anlage nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, nachdem der beteiligte Landwirt aufgrund von finanziellen Streitigkeiten als Gesellschafter ausgeschieden war. Die Bau- und Betriebsgenehmigung der Anlage als privilegiertes Vorhaben im Außenbereich war aber nur aufgrund der Beteiligung des Landwirts erteilt worden. Derzeit prüft der Landkreis Leer, ob die Betriebsgenehmigung der Anlage weiter aufrecht erhalten bleiben kann. Kritiker vermuten hinter dem Vorgehen der Deutschen Biogas AG ein systematisches Vorgehen. Die Beteiligung von Landwirten sei für das Unternehmen nur notwendig, um privilegiert im Außenbereich bauen zu können. Bundesweit betreibt die Deutsche Biogas AG derzeit 35 Anlagen. Der Sprecher der demonstrierenden Bauern, Ottmar Ilchmann, forderte die Behörden auf, bei der Genehmigung von Biogasanlagen genauer hinzusehen. Anlagen ohne Wärmekonzept und ohne gesicherte Rohstoffversorgung aus dem direkten Umfeld, wie in Klostermoor, seien ökologisch nicht vertretbar. **mn**



Kurzes am Rande

Bauern zu Konzernknechten?

AbL Niedersachsen diskutiert Strategien gegen Agrarindustrialisierung

Der gute Besuch der Herbsttagung des AbL-Landesverbands Niedersachsen/Bremen in Göttingen zeigte es: Das Vordringen von Agrarindustrie und Agrarkonzernen beunruhigt und bewegt viele Menschen. Etwa 30 Prozent der Betriebe, so Moderator Eberhard Prunzel-Ulrich, gehören den Bauern schon nicht mehr, sondern Tierhaltungskonzernen, Tierärzten oder Futtermittelfirmen: „Neue gesellschaftliche Bewegungen kämpfen gegen Agrarfabriken und aktuell auch gegen das Finanzkapital.“ Professor Achim Spiller konstatierte in seinem Vortrag eine dramatisch wachsende Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Großbetrieben der Geflügel- und Schweinehaltung und deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Dass vor allem die Politik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Landwirte verbessern und somit die Massentierhaltung eingrenzen soll – dafür plädieren laut einer aktuellen Untersuchung der Universität Göttingen mehr als 80 Prozent der Bundesbürger. Trotz eines großen Verständnisses für die wirtschaftlichen Zwänge der Landwirte akzeptiert die große Mehrheit der Verbraucher keine Rechtfertigung der Massentierhaltung durch ökonomische Begründungen. Der Begriff „Massentierhaltung“ sei laut Studie extrem negativ assoziiert, vor allem wegen des Platzmangels und des fehlenden Auslaufs der Tiere und der geringen Beachtung des Einzeltiers. Der AbL bestätigte Spiller, dass sie mit ihrer Strategie und ihren Werten dicht an den Vorstellungen der Bevölkerung sei.

Marktteilnehmer werden

Der Glaube vieler Bauern, warnte Romuald Schaber als Vorsitzender des Bundesverbands der Milchviehalter, wegen der Niedrigpreise die „Flucht nach vorn“ durch einzelbetriebliches Wachstum antreten zu müssen, sei unrealistisch und zunehmend mit fremdem Geld und Abhängigkeit verbunden. Je schlechter es den Landwirten gehe, desto leichter könnten Geldanleger in die Landwirtschaft einsteigen, Bauern würden zu Knechten, so Schaber. Man müsse weg von der schädlichen Weltmarktorientierung und hin zu kostendeckenden Preisen der jetzt vorhandenen Betriebe. Der Markt ohne Rahmenbedingungen regle nichts im Sinne der Bauern und der Gesellschaft. Die Landwirte müssten wieder zu Marktteilnehmern werden, vor allem durch unabhängige Groß-Erzeugergemeinschaften gegenüber Molkereien und Genossenschaften und durch

konsequente Erzeuger-Interessenvertretungen nach dem Vorbild der „Bauerngenossenschaften“ in anderen Ländern. Monopole müssten verhindert und ggf. auch wie Großbanken zerschlagen, Patente und Gentechnik verboten werden.

Meine Landwirtschaft?

Auch Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer von Neuland und agrarpolitischer Sprecher des BUND, schilderte bisherige Phasen der Agrarindustrialisierung: die Übernahme der Geflügelhaltung durch Konzerne in den 60er Jahren, die Kontinuität vieler alter LPG-Strukturen nach der Wende, den Einstieg westdeutscher und holländischer Konzerne auf ehemaligen Standorten der Kombinate Industrielle Mast, die „vertikale Integration“ in der Hähnchenmast, der Bau von Biogas-Großanlagen durch außerlandwirtschaftliche Investoren. Agrarindustrialisierung – das sei die spezialisierte Erzeugung von „Tieren am Fließband“ in großen standardisierten Einheiten über mehrere integrierte Produktionsstufen hinweg. Die Debatte um das Vordringen der Agrarindustrie werde aber mittlerweile auch im konservativen Lager und in Ostdeutschland kontrovers diskutiert. Eine „Qualitätspolitik“ müsse die Märkte in Ordnung bringen – mit einem Verbot von „Eingriffen am Tier“ (Kupieren von Schnäbeln und Schwänzen) und Fördermaßnahmen für umwelt- und tiergerechte Haltung. AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz verwies darauf, dass sich in der Folge der Berliner Januar-Demonstration von 20.000 Menschen ein breites gesellschaftliches Bündnis unter dem Motto „Meine Landwirtschaft“ in die anstehende EU-Agrarreform einmische. „Werden Bauern zu Knechten der Konzerne?“ – diese Frage müsse und könne durch eine Politik zu Gunsten bäuerlicher Betriebe hier und weltweit mit einem klaren „Nein“ beantwortet und entschieden werden. **en**



Für freie Bauern!

Foto: Jasper

Erster Riegel vor agrarindustriellem Stallbau

Bundesbauministerium will Privilegierung gewerblichen Bauens beschränken

Auch der Sohn von Martin Rammschulte, Bauer im nordrhein-westfälischen Kreis Borken, hat einen Bauantrag gestellt für einen Schweinestall, 250 Sauen, 1.000 Mastplätze, wie es die Kammerberatung vorgerechnet hat. Obwohl der Junior, wie Rammschulte erklärt, gar nicht mehr so heiß auf den Stall sei, seit er auf einem anderen landwirtschaftlichen Betrieb eine Festanstellung habe. Aber so habe man wenigstens schon mal die Genehmigung, die ist nun zwei Jahre gültig, mal sehen, was dann ist. Martin Rammschulte selbst will zu seinen 170 Sauen und 950 Mastschweinen nicht noch einen Stall, sieht eigentlich einen Verlust an Lebensqualität in der immer dynamischeren Wachstumsspirale, die sich gerade in flächenarmen und viehstarken Regionen besonders schnell dreht. Denn die Mentalität: „Wenn ich es nicht mache, macht es der Nachbar und ich kann es dann nicht mehr machen“, wirkt noch zusätzlich als Wachstumsbeschleuniger. Man sehe ganze Familien gar nicht mehr, resümiert Rammschulte, weil die nur noch im Stall wären. Mal ganz davon abgesehen, dass die Auswirkungen des Stallbaubooms noch andere zweifelhafte Entwicklungen mit sich bringen. Sehr wohl nimmt er die wachsende Kritik in der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung an der Art der Tierhaltung und ihren Umweltauswirkungen war.

Mehr Handhabe für Gemeinden

Diese Entwicklungen sind nun offenbar auch in der Politik bewusst geworden, nachdem die schwarz-gelbe Regierung lange Zeit keinen Handlungsbedarf beim Bundesbaugesetz gesehen hat. In einem noch in der Abstimmung befindlichen Entwurf soll die Privilegierung von gewerblichen Stallbauten im Außenbereich oberhalb der Grenzen, bei der eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fällig wird, künftig wegfallen. Das bedeutet, dass Ställe mit mehr als 3.000 Schweinen, 60.000 Hühnern oder 800 Rindern nicht mehr oder weniger automatisch eine Baugenehmigung erhalten. Gemeinden bekommen wesentlich mehr Handhabe, solche Anlagen zu verhindern oder in Gewerbegebiete zu verweisen, in denen dann deutlich strengere Umweltauflagen von den Betreibern erfüllt werden müssen. Zwar ist der Tenor der CDU-Bau- und Agrarexperten nach wie vor, dass die Instrumentarien, die den Gemeinden bereits jetzt zur Verfügung stünden, ausreichend Handlungsspielraum böten. Trotzdem ist man offenbar bereit, dem breiten Druck der Kommunen nachzugeben. „Die Steuerungsmöglichkeiten der betroffenen, ja meist kleinen ländlichen Gemeinden sind

nur theoretisch vorhanden, in der Realität sind die wenigen Leute, die da sitzen und das bearbeiten sollen, komplett überfordert“, sagt Friedrich Ostendorff, Agrarsprecher der grünen Bundestagsfraktion und AbL-Bauer. Er begrüßt die Bewegung im Baugesetz, macht aber auch klar, dass dies für ihn nur ein erster Schritt ist. Seiner Ansicht nach muss die ganze Privile-

kritisierte der DBV-Generalsekretär Helmut Born. Immer wieder betonen Bauernverbandsvertreter, es gehe um den Schutz bäuerlicher Familienbetriebe, denen die Entwicklungsmöglichkeiten genommen würden. Dass die Hauptbetroffenen der erwogenen Änderungen mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts zu tun haben, verschweigen sie. Der Bauernver-



Bundesbaugesetz im Umbau!

Foto: Poroton

gierung gewerblicher Ställe weg. Wohl wissend, dass er damit auch einige flächenarme bäuerliche Betriebe trifft, sieht er bei der Privilegierung der Gewerblichkeit eine Grenze überschritten. Schließlich war sie ursprünglich im Baugesetz nicht vorgesehen und erst durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts 1983 als absoluter Ausnahmetatbestand in den entsprechenden § 35 mit aufgenommen worden. „Hier wird Missbrauch betrieben und der muss aufhören“, macht Ostendorff klar und betont, dass er damit auch das privilegierte Bauen der Landwirtschaft im Außenbereich schützen will. Die gesellschaftlichen Vorbehalte gegenüber agrarindustriellen Stallanlagen hätten sich in Niedersachsen deutlich in den Ergebnissen der jüngsten Kommunalwahlen abgebildet, so Ostendorff, und förderten die ablehnende Haltung vieler Kommunalpolitiker. Er sieht in der Politik insgesamt die Tendenz, die Privilegierung generell abzuschaffen. Dem will er vorbeugen, indem er die negativen Auswüchse kappt.

Industrieschützer DBV

Der Bauernverband argumentiert genau entgegengesetzt, indem er sagt, wenn erstmal das gewerbliche Privileg angetastet sei, falle auch bald das landwirtschaftliche. Deshalb verurteilt er jegliche Veränderung des Baugesetzes. Die Politik sehe sich allein durch die „von einzelnen Gruppen hochgespielten Akzeptanzprobleme in der Tierhaltung“ zu der gesetzgeberischen Aktivität veranlasst,

band wünscht sich freiwillige Regelungen und unverbindliche Formeln wie die räumliche Nähe eines Stalls zu einem landwirtschaftlichen Betrieb, das kann auch die Agrarindustrie erfüllen. Konkrete Zahlen wie die nun vorgelegten UVP-Grenzen oder auch die vom niedersächsischen Landwirtschaftsminister Gerd Lindemann (CDU) vorgeschlagene Tierzahlbergrenze von zwei Großvieheinheiten pro Hektar sind ihre Sache nicht. Der offensichtlich auch durch die Ergebnisse der niedersächsischen Kommunalwahlen angegründete Lindemann hatte in einer eigenen Initiative diese Tierzahlbergrenze als Begrenzung des Stallbaus in viehdichten Regionen vorgelegt. Das funktioniere dort, habe aber ansonsten einen Verlagerungseffekt, kommentiert Ostendorff, der zugleich betont, wie positiv es sei, dass sich ein CDU-Agrarpolitiker bewege. Zumal Lindemann perspektivisch über Tierschutzmaßnahmen wie ein Verbot des Schwänzekürzens bei Mastschweinen umsteuern will. „Wir nehmen ihn da beim Wort“, kommentiert der AbL-Sprecher im Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ Eckehard Niemann. Wenn das die Wachstumsspirale durchbrechen würde, wäre das auch in Bauer Rammschultes Sinne, er glaubt schon lange nicht mehr an das Wachstumspotenzial, das Schlachtindustrie und Bauernverband postulieren und das doch nur Neid und Missgunst schürt. „Wir sind doch alle Nachbarn und wollen uns nicht bekämpfen“, sagt er. cs

AbL bei Rimmel

Eine Änderung des Baugesetzbuches forderte auch die AbL-Nordrhein-Westfalen bei ihrem Treffen mit dem Grünen Landwirtschaftsminister von NRW, Johannes Rimmel. „Wir bitten die Landesregierung, sich eindeutig auf die Seite der bäuerlichen Betriebe zu stellen“, so der AbL-Landesvorsitzende Bernd Schmitz. Das bedinge die Abschaffung der Privilegierung gewerblicher Stallbauten, so Schmitz. Auch der heimische Eiweißpflanzenanbau war unter anderem Thema des Gesprächs. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Minister Rimmel kurz zuvor den Beitritt des Landes NRW zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ erklärt hatte, sollte die Stärkung von Alternativen im Futtertrog zum Soja aus Übersee zum guten Ton des Ministeriums gehören. cs

Legebatterien ab 2012 unter Strafe

Die EU-Kommission und die Agrarminister haben angekündigt, Mitgliedsstaaten, die nicht fristgerecht bis zum Januar 2012 die Hühnerhaltung in Legebatterien beenden, mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu belegen. „Es wird Vertragsbruchverfahren gegen die Länder geben, die sich nicht an die Richtlinie halten“, sagte EU-Kommissar John Dalli beim Treffen der EU-Agrarminister in Luxemburg. Friedrich Ostendorff, Grünen-Sprecher für Agrarpolitik, und Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, begrüßten diese Ankündigung. Die EU-Kommission dürfe sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen, schließlich gebe es nach zwölf Jahren Übergangszeit keinen Grund, die Übergangsfrist nochmals zu verlängern, so die Grünen-Politiker. Gedanken über Sanktionen macht sich die EU wohl nicht umsonst, gibt es doch Mitgliedsstaaten, die bis zuletzt Legebatterien aufgestockt haben. Das kommentieren auch Ostendorff und Häusling: Würde die dreiste Missachtung des gemeinschaftlichen Rechts nicht geahndet, wären Betriebe in jenen Ländern im Nachteil, die fristgerecht umgesetzt haben, wie Deutschland, Schweden oder Österreich. Deshalb fordere auch Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner völlig zu Recht ein Vertragsverletzungsverfahren. **cs**

Dänische Rothkötter-Hähnchen für Wietze?

Der vom Bauernverband unterstützte und von Niedersachsen mit 6,5 Millionen Euro subventionierte Rothkötter-Schlachthof in Wietze (bei Celle) findet trotz massiver Anwerbeveranstaltungen (unter Beteiligung der Landwirtschaftskammer) im Umkreis nicht genügend Vertragsmäster: 100 wären für die erste Produktionsstufe nötig und 400 für die Endausbaustufe – anwerben konnte Rothkötter bisher (geschätzt) erst wenige Dutzend. Ob eine Rückzahlung der Investitionen folgen könnte, bleibt offen. Insidern zufolge soll der Konzern deshalb sogar 40 bis 50 Ställe im fernen Dänemark angeworben haben – angesichts der Rentabilitätsschwelle für Transporte (150 km) eine teure Notlösung. Klagen gegen den Schlachthof beziehen sich zudem auf Fehler bei der Baugenehmigung. Der ruinöse Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne geht unteres weiter. Plukon hat Stolle eingefusioniert. Die ostdeutschen Dependancen des französischen Doux-Konzerns („Gutsgold“), über den es Berichte über Subventions-Rückzahlungen für wasser-gepanschte Geflügelexporte gab, wurden geschlossen. **en**

MRSA, ESDL und Stallgröße

Laut einer Untersuchung von Els Broens (Universität Wageningen) findet man antibiotika-resistente MRSA-Bakterien in 70 % der niederländischen Schweinebetriebe, auf größeren Betrieben (mit mehr als 500 Sauen) häufiger als bei kleineren Betrieben. Wie in der Sendung „planet.de“ – „Gefahr aus dem Stall“ vom 16.10.2011 berichtet wurde, warnen Wissenschaftler wie Prof. Dick Heedrik (Institut für Risikomanagement der Universität Utrecht) mittlerweile nicht nur vor der weiträumigen Übertragung von MRSA-Keimen über 1.000 Meter und mehr, sondern von noch gefährlicheren ESDL-Keimen aus Stallanlagen. **en**

„Knechte auf dem eigenen Hof“

Arendt Meyer zu Wehdel, vormals Vizepräsident des Niedersächsischen Landvolk-Landesbauernverbands, großer Puten- und Schweinehalter und jetzt Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, hat in einer Kolumne der *Nordwest-Zeitung* unter der Überschrift „Moderne Ställe für das Tierwohl“ ein Loblied auf Agrarfabriken gesungen. Pauschal von einer „auf das Tierwohl ausgerichteten Haltung“ ist da die Rede und von „Fürsorge“ für die „Mitgeschöpfe“, von „respektvollem Umgang mit Tieren“ als „oberster Priorität“. Weniger gute Worte findet der Präsident für die Kritiker der „Massentierhaltung“. Darauf reagierte Dr. Hermann Focke in einem Leserbrief: „Als ehemaliger Veterinärarztleiter von Süddoldenburg habe ich Hunderte von Mastställen von innen gesehen und weiß daher, wovon ich rede.“ Nämlich von vielen Vertrags- und Lohnmästern, quasi als „Knechte auf dem eigenen Hof, in ein agrarindustrielles System eingebunden“, von Masthühnern und Puten mit „einem hohen Prozentsatz an Beinschäden, Sohlenballenverletzungen und Brustblasenentzündungen“, von unzulässigen Schnabelamputationen oder einem ansteigenden „Antibiotika-Einsatz mit Resistenzentwicklung bakterieller Infektionserreger“. Dr. Focke fordert Landwirtschaftskammer und Bauernverband auf, sich vermehrt „den Bedürfnissen ihrer eigentlichen Mitglieder, den bäuerlichen Familienbetrieben, zu widmen und weniger den ökonomischen Interessen der Agrarindustrie.“ **en**

Kurzes am Rande

Bio-Eier boomen

Mit den Riesenställen wachsen die Bedenken

Seit einigen Jahren wächst die jährliche Nachfrage nach Bio-Eiern. Und damit auch die Haltung von Bio-Legehennen. Allein im Jahr 2010 ist sie um 21 Prozent auf 2,1 Millionen Legehennen gestiegen, so der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Die Nachfrage war 2010 größer als das Angebot von 565 Millionen Bio-Eiern. Am Gesamt-Eiermarkt haben sie einen Anteil von 7,0 Prozent. Wer oder was bleibt auf der Strecke, wenn die Produktion derartig wächst und sich die Strukturen vergrößern?

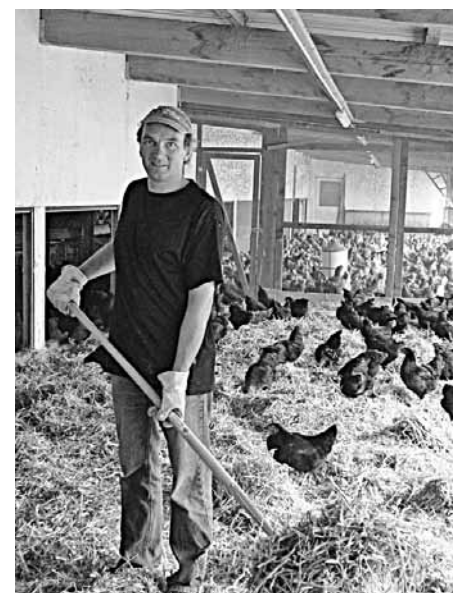
Haltung in Massen

Vor allem in den nordöstlichen Bundesländern wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern werden immer mehr Industrieställe gebaut, in denen bis zu 34.000 Bio-Legehennen gehalten werden. Die Biorichtlinien stehen diesen Ausmaßen nicht immer im Weg. Laut EU-Bioverordnung liegt die Begrenzung zwar bei 3.000 Legehennen pro Stall. Allerdings ist es erlaubt, mehrere Ställe in einem Gebäude unterzubringen, die zudem nur mit einem Gitter voneinander getrennt sein müssen. Die Anzahl der Gebäude auf einem Betrieb ist nicht begrenzt. Auch bei manchen Bio-Anbauverbänden sind die Richtlinien so gestaltet, dass mehrere Ställe mit jeweils maximal 3.000 Legehennen auf einem Betrieb gebaut werden dürfen. Zum Teil ohne Abstandsregelung.

Verbrauchertäuschung

Kontrolleure stellen immer wieder fest, dass vor allem die großen Betriebe verhindern, dass die Hühner ins Freie gehen, um so die Legeleistung zu steigern und Arbeit zu sparen. Fehlen Schutz- und Schattenspende wie Unterstände, Bäume oder Sträucher, bleiben die meisten Hühner lieber im Stall. Die Legehennenhalter verstoßen damit nicht einmal gegen die EU-Bio-Richtlinien und manche Verbandsrichtlinie, wo Strukturierung im Auslauf lediglich „gewünscht“ ist oder als „Soll“ deklariert. So bleibt der Biogedanke in den Riesenställen meist auf der Strecke. Die begrenzenden Richtlinien der Bioverbände und der EU-Verordnung werden oft bis zum Limit ausgereizt. Für Jörg Endraß, Bio-Hühnerhalter aus dem Allgäu, ist daher bei 3.000 Legehennen eine Grenze erreicht. „Ich habe noch den Überblick und die Kontrolle in meinem Stall. Wenn ein Tier krank ist, sehe ich das und kann reagieren“. Die Familie Endraß achtet darauf, dass die Auslaufläche immer bewachsen ist, auch wenn das bedeutet, dass mehr Fläche gebraucht wird, als laut Richtlinie vorgeschrieben ist. Ihre Junghennen ziehen die Baden-Württemberger selbst auf. Die Vermarktung läuft zu etwa 70 Prozent über den Hofladen, Marktstände und regionale Einzelhändler. Der Rest geht an eine Erzeugergemeinschaft.

„Im Grunde ist nur die Eierproduktion mit vierzig Hühnern und einem Hahn tiergerecht.“ Martin Steinmann ist im Vorstand von Neuland und selbst Hühnerhalter von 1.500 Hennen in zwei Ställen. Schon die maximale Neuland-Bestandsdichte von 2.000 Hennen ist für den Landwirt nur ein Kompromiss, denn das Tierwohl hängt meist von der Bestandsdichte ab. Ob bio



Für Jörg Endraß aus dem Allgäu ist bei 3.000 Legehennen eine Grenze erreicht. Foto: Endraß

oder konventionell – je mehr Tiere, desto mehr Stress und Unruhe treten auf, womit auch die Anfälligkeit für Krankheiten steigt. Der Keimdruck im und um den Stall kann gerade auch bei Freilandhaltung hoch sein. Eine alternative Haltungsform, um den Keimdruck um den Stall gering zu halten, ist der mobile Hühnerstall. Mit bis zu 1.200 Legehennen pro Stall, kann er zwischen verschiedenen Flächen rotieren. Die Auslauflächen können sich erholen.

Preisdruck

Wer 30.000 Legehennen hält und die Betriebsbetreuung reduziert, kann Eier billig produzieren und anbieten. Ein bäuerlicher Betrieb, selbst wenn er mehrere tausend Legehennen hält, ist da nicht konkurrenzfähig. Zumal einige Großabnehmer die Eier von Betrieben mit einer Bestandsdichte von unter 6.000 Hühnern aus Kostengründen gar nicht erst abnehmen. Eine Alternative bietet da die transparente Vermarktung über regionale Lebensmitteleinzelhändler, den Hofladen oder den Marktstand. Ein transparenter Kreislauf und das Vertrauen der Verbraucher schützt die Betriebe zudem vor großen Einbußen bei Lebensmittelskandalen. Achten Betriebe zusätzlich auf besondere Qualität und Tiergerechtigkeit wie z.B. unter dem Neulandsiegel oder mit sogenannten mobilen Hühnerställen, kann auch ein Mehraufwand dem Verbraucher erklärt werden. **mh**

Milch-Angebotssteuerung auf US-amerikanisch

Neuer Gesetzesvorschlag regelt Milchmarkt nicht im Sinne vieler Erzeuger

Schon seit 2007 schlagen einzelne Bauernorganisationen in den USA immer wieder die Einrichtung einer Mengensteuerung am Milchmarkt durch die öffentliche Hand vor. Angesichts der großen Preisschwankungen am amerikanischen Milchmarkt und den daraus resultierenden Einkommensproblemen für die Milcherzeuger nehmen inzwischen auch Erzeugergenossenschaften und traditionelle Bauernverbände das Wort Angebotssteuerung in den Mund. So Randy Mooney, Milcherzeuger aus Missouri und Präsident der Vermarktungsgenossenschaft Dairy Farmers of America: „Wir können weiter wachsen und die Welt mit unserer Milch versorgen, solange wie die US Milchwirtschaft das will, aber wir brauchen ein System, das das Angebot an die Nachfrage anpasst und die Erzeuger darin unterstützt, in einem Bereich zu bleiben, in dem die Erzeugung profitabel ist.“

Neuer Gesetzesvorschlag

Seit dem Sommer 2010 wurden mehrere Vorschläge, wie eine Form von Milch-Mengenregulierung in die zukünftige US-amerikanische Agrarpolitik einfließen kann, im Repräsentantenhaus und Senat diskutiert. Der Dairy Security Act will ein Sicherheitsnetz schaffen und das bestehende Milchpreissystem reformieren. Er basiert auf einem Konzept der National Milk Producers Federation (NMPF), dem Dachverband der Genossenschaften für die Vermarktung der Milch. Diese betreiben eine intensive Lobbyarbeit für ihr Konzept. Die Bandbreite der Reaktionen ist gross. Während einige einflussreiche Politiker, die Mitglieder von NMPF und ein Teil der traditionellen Bauernverbände den Reformvorschlag unterstützen, sind viele Bauernorganisationen skeptischer. Das Sicherheitsnetz soll aus einem Margen-Schutz-Programm und einem Milchmarkt-Stabilisierungsprogramm bestehen. Praktisch muss man sich das Ganze so vorstellen: Mein Einkommen als Milcherzeuger sinkt, entweder weil die Futterkosten gestiegen sind und der Milchpreis gleich geblieben ist; oder weil der Milchpreis gesunken ist. Dies kann an einer veränderten Nachfragesituation liegen oder aber an meiner Schwächeposition gegenüber der Molkerei. Gegen letztere Ursache nützt das neue Gesetz nichts. Auf eine gesunkene Nachfrage will man zukünftig mit einem geringeren Milchauszahlungspreis reagieren und hofft so, dass Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht kommen. Alle Erzeuger erhalten nun weniger Geld von der Molkerei, nachdem sie wegen der schlechten Margen bereits zwei Monate lang weniger Geld verdient haben. Drosseln sie ihre Produktion, ist der Verlust

etwas geringer. Da sie auch Geld in eine Risikoversicherung gesteckt haben, können sie darüber den gesamten Verlust etwas verringern. Von Kostendeckung aus dem Milchpreis steht in dem Gesetzesvorschlag gar nichts. Und auch die Mengenregulierung greift erst, wenn es schon fast zu spät ist; sie ermöglicht den Erzeugern kein vorausschauendes Planen. Die Milcherzeuger, zusammen mit den Steuerzahlern, finanzieren so die Kosten für die Risiken einer Überproduktion von der die Milchindustrie profitiert, ohne dass sie als Erzeuger einen realen Einfluss auf Menge oder Preis erhalten.

Keine Stärkung der Erzeuger

Hier setzt auch die Kritik der National Family Farm Coalition (NFFC), dem Dachverband der Familienbetriebe, an. Er bemängelt, dass mit dem vorliegenden Gesetzesvorschlag die Preiskontrolle weiterhin bei den Molkereien bleibe und dass die Erzeugersituation sich durch die neue Abhängigkeit von der „Margen-Versicherung“ noch verschlechtern würde. „Als Verband für die Milcherzeuger halten wir ein staatlich gefördertes, aber letztendlich privates Versicherungsprogramm für den völlig falschen Weg, Milcherzeuger für ihre Milch zu bezahlen.“ Der Verband führt in einer Presseerklärung weiter aus: „Es gibt keinerlei Grund zur Annahme, dass dieses System zu höheren Milcherzeugerpreisen führen wird, geschweige denn eine Weitergabe des Profits aus dem Verkauf der Endprodukte durch die Molkereien an die Milcherzeuger stattfindet. Wir wollen einen echten Wettbewerb, der auf fairen Milcherzeugerpreisen und dem Auf-

brechen der monopolistischen Kontrolle der Genossenschaften beruht, die weder im Interesse ihrer Mitglieder noch im Interesse der Verbraucher handeln.“

Banken würden zukünftig eventuell darauf bestehen, dass der Erzeuger eine Margenversicherung abschließt, bevor Kredite vergeben werden. Somit wäre die Freiwilligkeit des Programms in Frage gestellt. Kleine Betriebe, die bisher bei sehr niedrigen Marktmilchpreisen Direktzahlungen aus einem Kompensationsprogramm erhielten, werden mit einer Margenversicherung schlechter gestellt als vorher und sind unter Umständen in ihrer Existenz gefährdet. Die Mitgliedsverbände des NFFC treten für die Wiedereinführung des „Federal Milk Marketing Improvement Act“ ein, der es Milcherzeugern ermöglicht, die Milchmenge selbstfinanziert und eigenständig zu steuern und so kostendeckende Milchpreise zu erzielen. Die Debatten in den USA zeigen deutlich, dass wo Mengenregulierung draufsteht nicht automatisch Agrarpolitik für nachhaltige, flächendeckende Landwirtschaft drin steckt. Es kommt entscheidend auf die Ausgestaltung an. Die Erzeuger müssen Einfluss auf die Steuerung der Menge haben und dürfen nicht nur diejenigen sein, die sie ausführen. Der beschriebene Gesetzesvorschlag bietet große Einsparpotenziale in der Milchpolitik. Angesichts der angespannten Finanzlage und des geplanten Schuldenabbaus kein unwichtiges Argument in der Debatte um die Neugestaltung der Farm Bill in 2012 – jenem Äquivalent zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Sonja Korpeter,

Mitarbeiterin im European Milkboard



Auch amerikanische Kühe sollen in Zukunft mengenreguliert produzieren.

Foto: Korpeter

Kritik an Reform des Milchmarktes

Bei den im Oktober geführten Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Kommission und Rat bezüglich der Reform des Milchmarktes stellt sich der Rat den parlamentarischen Änderungsvorschlägen zur Überwindung der Milchkrise in den Weg, bemängelt der Präsident des European Milk Board (EMB), Romuald Schaber. Unter anderem lehnt der Rat die vom Parlament vorgeschlagene EU-weite Verpflichtung von Verträgen zwischen Milcherzeugern und Molkereien ab. Zudem soll die von Parlament und EMB geforderte Monitoringstelle zur Erfassung von Marktdaten auf Betreiben des Rats keinen Eingang in die Milchmarktverordnung finden. Problematisch sei auch, so das EMB, dass der Rat Erzeugerorganisationen, die für Milchproduzenten Verträge mit Molkereien aushandeln, mengenmäßig sehr stark begrenzen möchte. „33 Prozent nationaler Milchanteil und 3,5 Prozent EU-Anteil sind zu gering, um Erzeugerorganisationen die nötige Verhandlungskraft zu geben“, so das EMB. „Wie man leider sehen kann, scheint das alte Zweiergespann – Rat und Kommission – weiterhin die parlamentarische Meinung nicht gelten lassen zu wollen“, kritisiert Schaber die Situation in Brüssel. mh

30 Jahre Witzenhausen

30 Jahre Ökologische Agrarwissenschaften an der Universität Kassel in Witzenhausen. 1981 kam der Ökologische Landbau erstmals und weltweit einmalig an eine deutsche Hochschule, so das Fachgebiet Ökologischer Land- und Pflanzenbau (FÖL). Angestoßen durch einen drohenden Schließungsbeschluss der Hessischen Landesregierung erfolgte 1997 die Fokussierung des gesamten Fachbereiches auf die Ökologische Landwirtschaft. Heute sind es mehr als 800 Studierende der Ökologischen Agrarwissenschaften in Witzenhausen und viele der Absolventinnen und Absolventen gestalten maßgeblich die Zukunft der Ökologischen Landwirtschaft in Deutschland, aufgrund der internationalen Orientierung aber auch darüber hinaus: in Forschung, Beratung, Politik, Verbänden und als Bäuerinnen und Bauern, so die FÖL. *mh*

Auf ins Wendland!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will Gorleben als Endlager für radioaktiven Müll festklopfen, ohne weiter nach Alternativen gesucht zu haben. Das macht auch die Aufnahme der Bautätigkeit in dem Salzstock im letzten Herbst nach zehn Jahren Moratorium deutlich. Gleichzeitig tauchen immer wieder neue und alte, zum Teil zurückgehaltene Erkenntnisse über die mangelnde Eignung Gorlebens als atomares Endlager auf. Hinzu kommen in letzter Zeit Berichte über die Unzulänglichkeiten am Castortransport ins Wendland zu demonstrieren und zu protestieren. Los geht's am Samstag, 26. November um 12.30 Uhr in Dannenberg mit der traditionellen Großdemo. *cs*

Wechsel beim Tierschutzbund

Nach 18 Jahren fand an der Spitze des deutschen Tierschutzbunds ein Generationenwechsel statt. Zum neuen Präsidenten wurde auf der Mitgliederversammlung der bisherige Bundesgeschäftsführer Thomas Schröder gewählt. Er löst Wolfgang Apel ab, der seit über 30 Jahren eine aktive Rolle im Tierschutzbund spielt und seit 18 Jahren sein Präsident war. Apel wurde von der Mitgliederversammlung zum Ehrenpräsidenten gewählt. Der neue Mann erklärte nach seiner Wahl: „Wir wollen gemeinsam alles dafür tun, dass die, die Tierschutz rückwärts denken, damit politisch nicht mehr vorwärtskommen.“ *cs*

Bioverbandsszene aufgemischt

„Durch die Bündelung gemeinsamer Ressourcen und Kompetenzen wird die Verhandlungsposition der Bio-Erzeuger insgesamt gestärkt, sowohl in politischen Entscheidungsprozessen als auch gegenüber der konventionellen Landwirtschaft, aber auch gegenüber Verarbeitung und Handel in der Wertschöpfungskette der Biobranche“, das schreibt sich die neugegründete Bundesvereinigung ökologischer Landbau (BVÖL) auf die Fahnen. Eine Interessenvertretung aller Bio-Bauern und -Bäuerinnen will der Zusammenschluss aus dem süddeutschen Anbauverband Biokreis und dem ostdeutschen Biopark sein. Innerhalb dieser Verbände spielt der Bauernverband keine unerhebliche Rolle, der immer seinen Anspruch nach außen trägt, Sprachrohr aller Bauern und Bäuerinnen zu sein. Ein Öko-Erzeugerverband bekräftigt diesen Anspruch gegenüber den vorhandenen Anbauverbänden und dem BÖLW, dessen sollten diese sich bewusst sein. *cs*

Charta beendet

Der Dialogprozess zur „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“ vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist beendet. Das BMELV hatte in verschiedenen Veranstaltungen mit Experten, Landwirten und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen über „Zielkonflikte und politische Handlungsfelder für eine moderne Land- und Ernährungswirtschaft“ diskutiert. Auf der Abschlussveranstaltung Ende Oktober in Berlin kündigte Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner an, die Ergebnisse des offenen Dialogs in den kommenden Monaten zu analysieren und zusammen zu führen. Ziel soll es sein, Rahmenbedingungen zur weiteren Politikgestaltung zu beschreiben sowie die künftigen Herausforderungen der Land- und Ernährungswirtschaft in der Gesellschaft und in der globalisierten Welt herauszuarbeiten, so das BMELV. „Die moderne Land- und Ernährungswirtschaft muss produktiv sein, nachhaltig produzieren und unsere Naturschätze bewahren. In der Charta werden die aktuellen Fragen der Tierhaltung, Lösungsansätze für mehr Umweltschutz und die globale Verantwortung einen zentralen Platz einnehmen, so Aigner. Das endgültige Ergebnis soll Anfang 2012 zur internationalen grünen Woche vorgestellt werden. *mh*

Kurzes am Rande

Kirche auf Höfen

Höferundfahrt der AbL Thüringen und der Evangelischen Kirche

Die Idee, eine gemeinsame Höferundfahrt zu veranstalten, entstand im Juni bei einem Treffen von AbLern aus Thüringen und der Beauftragten für den kirchlichen Dienst auf dem Lande und Umweltmanagement der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland (EKM), Frau Sigrun Höhne, in Wittenberg. Am 19. September 2011 startete ein Reisebus in Freyburg (Unstrut) mit Stationen auf dem Demeterhof Sonnengut in Dietrichsroda (südliches Sachsen-Anhalt) und dem Biolandhof Voigt in Willschütz (Thüringen). An der Tour nahmen neben Bauern und Mitarbeitern der Kirche auch Vertreter aus kommunalen Verwaltungen teil. „Wir wollten uns einen Eindruck von der Situation auf dem Land verschaffen und mit den Bauern ins Gespräch kommen“, erklärte Sigrun Höhne. Zwar sei es Tradition, dass Bischöfe und Pfarrer persönlich Landwirte besuchen. „Doch eine Fahrt in diesem Umfang ist schon eine Premiere“, so Sigrun Höhne weiter. Nach ausführlichen Betriebsbesichtigungen fand ein reger Austausch über nachhaltige Landbewirtschaftung, die wirtschaftliche Situation bäuerlicher Betriebe, aber auch über die Verantwortung der Kirche als einer der größten Landeigentümer Mitteldeutschlands statt. Als positiv bewerteten die AbLern, dass die EKM als einzige Landeskirche bereits mit einem Kriterienkatalog bei

der Landvergabe arbeitet, und übergeben den Kirchenverantwortlichen eine Liste mit Vorschlägen zur Modifizierung dieser Pachtkriterien und der Ermutigung, ihre Schöpfungsverantwortung auch im Hinblick auf die Landverpachtung wahrzunehmen. Über die Pachtvergabekriterien soll erneut bei der Herbstsynode im Oktober diskutiert und abgestimmt werden. Die EKM ist Eigentümer von 70.000 ha Land in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In der Vergangenheit gab es immer wieder Kritik, mit der sich bäuerliche Betriebe über mangelnde Transparenz, hohes Pachtpreinsniveau und die Bevorzugung von großen Agrargenossenschaften bezüglich der Pachtvergabe beschwerten. Die AbL forderte in diesem Zusammenhang die Kirchenvertreter auf, durch gezielte Verpachtung bäuerliche Strukturen zu unterstützen und neue Betriebsgründungen zu ermöglichen und somit zur Wiederbelebung der Dörfer einen aktiven Beitrag zu leisten.

Abgerundet wurde die Rundfahrt auf dem Biolandhof Voigt mit einem leckeren Buffet kulinarischer Köstlichkeiten aus regionaler, biologischer und bäuerlicher Herstellung und dem Wunsch, weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Claudia Gerster, AbL Thüringen



Gemeinsame Höferundfahrt von AbL-Thüringen und Evangelischer Kirche.

Foto: Gerster

Betriebsspiegel:

Milchvieh- Futterbaubetrieb in der Nähe von Bremen
165 ha LN
90 Milchkühe
+ weibliche Nachzucht
Ein paar Hühner und Schweine,
viele Katzen

Eine Hochzeit ist immer etwas Besonderes. Die gesamte Verwandtschaft, Freunde und Bekannte kommen zusammen, um den großen Tag des Pärchens noch schöner zu machen. Viele vergessen in dem Moment, dass eine Hochzeit schon weit vor der eigentlichen Feier beginnt. Neben der Auswahl des Brautkleides, der Schuhe, der Deko in der Kirche, im Standesamt, auf den Tischen usw. ist die Wahl der Lokalität für die eigentliche Feier eine schwere Entscheidung. Bei der Hoch-

Manchmal brennt was an. Beim Kochen. Meistens Milch. Besonders beim Milcherhitzen befällt mich so ein unstillbarer Drang: ganz kurz mal noch irgendwelche Kleinigkeiten zu erledigen: Hühner rauslassen, eine Eierbestellung abfragen, Wäsche aufhängen, eben mal nach den E-mails schauen...

Billiges Topfmaterial hat da keine Chance.

Ich weiß nicht, wie Andere das machen, aber es gibt immer wieder Zeiten, in denen inmitten der Arbeit der Tag schon vorbei ist. Da muss Frau so Manches zusammenlegen, sonst kommt sie ja zu nichts. Und dazu haben die schwäbisch-evangelische Erziehung und das ökonomiebelastete Studium ein hartes Erbe hinterlassen. Zeit ist nun mal eindeutig ein begrenzender Faktor und das lässt Einen, neben Stück- und Grenzkostendoktrin, in der Ökonomik des wahren Lebens einfach nicht los.

Mein Gehirn martert sich dauernd mit Fragen wie: Was kann noch alles sinnvoll mit erledigt werden bei dieser und jener Tätigkeit? Wo ist eine Mehrfachnutzung von Material und Resten möglich? Wo kann was eingespart werden? Das ist zwar öfters effektiv, löst aber nicht immer Freude bei allen Familienmitgliedern aus.

So bleiben unserem Nachwuchs vermutlich einige Kindheitstraumata wie: zwischen auszuliefernden Napf- und Eierkisten zu Freunden oder in die Schule gebracht zu werden oder – noch peinlicher: mit Freunden zwischen den Eierkisten wohin gefahren zu werden. Oder der Straf-Putzdienst auf dem Schulhof, weil sie mal wieder vom

zeit meiner Schwester im August war diese Frage schon klar, bevor sie sich für einen Mann entschieden hatte. Es sollte eine Hofhochzeit sein. Zu einer Hofhochzeit ist es üblich, dass der Hof von seiner besten Seite gezeigt wird. Für unsere Familie, einschließlich der Lehrlinge, hatte diese Entscheidung ein gewisses Maß an zusätzlicher Arbeit zur Folge. Voller Elan wurde losgelegt und bis auf ein paar zwischenzeitliche Anflüge von akuter Unlust wurde bis zum letzten Tag alles getan, um den Wunschzustand zu erreichen. Neben den zu erwartenden Arbeiten wie Türen streichen oder den Garten zu verschönern mussten noch schnell zwei neue Terrassen (mit Überdach, falls es am besagten Tag regnet) angelegt, die vielen versteckten Rumpfecken aufgeräumt und etliche andere ungeplante

Projekte bearbeitet werden. Frei nach dem Motto: „Es gibt immer was zu tun – Dapa dai jai jippi jippi yeah.“ Das Highlight der Vorbereitung war für alle aber sicher die Aufarbeitung des ca. 50 Jahre alten Lattenzauns, den unser Opa damals selbst aufgebaut hat, mit einzelnen grünen Latten mit weißen Köpfen. Die Reparaturen und das Streichen wurden unter der strengen Aufsicht des Erbauers durch hochqualifizierte Spezialkräfte wie Tanten, Cousins, Freundinnen und Nachbarn übernommen. An dieser Stelle noch mal einen Dank an alle Helferinnen und Helfer, ohne die sicher nur ein kleiner Polterabend statt einer großen Hochzeit möglich gewesen wäre. Bei der Arbeitseinteilung waren immer neue Herausforderungen zu meistern. So musste das Brautpaar, damals angestellt in Nord- bzw. West-

deutschland, wie viele andere Menschen auch unter der Woche arbeiten und bildete daher an Wochenenden eine Art „NAVY SEALS – Team Hochzeit“. Sie schafften es, ohne großes Aufsehen, eine Menge Arbeit zu erledigen, welche in der Woche nicht geschafft worden war. Wobei das größte Problem unseres Opas darin lag, dass wir mit dem Getreide, welches ja eventuell in der Zeit zu dreschen war, wegen dem Zelt nicht auf den Hof kommen würden.

In den letzten zehn Tagen vor der Hochzeit hieß es noch einmal ranklotzen. Alles wurde noch mal gefegt, gekärchert und geschrubbt, bevor am Mittwoch vor dem großen Tag die Zelte kamen. Viele Nachbarinnen, Nachbarn und Freunde packten mit an und so wurde das Zeltaufbauen und Kranzbinden zu einem kleinen Extrafest, bei dem die letzten, soweit ich mich erinnern kann, morgens um halb fünf den Weg in die Betten fanden. An den nächsten Tagen wurde noch viel dekoriert und aufgebaut, Wasserleitungen verlegt und Getränke geliefert. Am großen Tag selber mussten wir nur noch relax sein und gut aussehen. Wir feierten eine riesige Hochzeit mit tollen Gästen, bei strahlendem Sonnenschein und einem super Brautpaar. Bis zum Melken am nächsten Morgen war auf dem Zelt was los. Für mich als Bruder der Braut war zu diesem Zeitpunkt lange klar, ich werde auch groß heiraten, aber nicht zu Hause auf dem Hof, außer der Hof muss mal wieder sauber!

Jörn Manke

Hochzeit



Alltagsökonomie

Hausmeister erwischt worden waren, als sie ihre Vespertüten nicht ordnungsgemäß entsorgt hatten. Die wiederverwendeten Bioverpackungen von Reis u.ä. waren eindeutig zuzuordnen.

Wenn bei uns keiner Zeit hat zum Wäschezusammenlegen, sind ausgemusterte Napfkisten sehr praktisch. Ich nutze sie schon jahrelang als Wäschekörbe – sie lassen sich hervorragend im Schlafzimmer stapeln. Und via Wühltechnik leeren sie sich im Laufe der Zeit auch größtenteils „von selber“. Nur mein Mann beklagt sich darüber ab und an: Er fände bald sein Bett nicht mehr, gebügelte Hemden sowieso nicht und er wolle dann auch mal wieder ohne blaue Zehen nachts durchs Zimmer.

Politische Aktivität, oder eben mal „die Welt retten“, wie es unsere Kinder nennen, werden oft irgendwo hineingezwängt. In terminlich knappen Zeiten muss ich einige telefonische Besprechungen und politischen Austausch,

mit eingeklemmtem Hörer, während des Kochens unterbringen. Das Menü wird dann zwar einfacher, aber das muss mir erst mal jemand nachmachen – Kartoffeln schälen und nebenher noch die Welt retten!

Und dann liegt da noch Potenzial im Hühnerstall: Er ist ein perfektes Übungsfeld für kleine Vorträge, große Ansprachen oder politische Diskussionsrunden. Hühner sind sehr aufmerksame Zuhörerinnen und sie zeigen keinerlei Unverständnis für Versprecher. Na ja, gut, rhetorisch und inhaltlich bin ich ihnen natürlich eindeutig überlegen. Und Sachkritik bekomme ich auch keine, aber dafür kann ich gleichzeitig den Kontrollgang und kleine Reparaturen erledigen.

Es klappt nicht immer: Als ich das Eierablesen am laufenden Band mit dem Erlernen der spanischen Sprache verbinden wollte, kam mein Jüngster lautstark schreiend mit blutigen Fingern in den Raum und wollte verarztet werden.

Mit den Kopfhörern im Ohr wendete ich mich vom Eierband ab und begleitete ihn ins Haus. Allein das treue Eierband arbeitete weiter – es wollte die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen... Danach musste ich noch eine Stunde aufputzen – die konnte ich leider zu nichts anderem mehr nutzen.

Bärbel Endraß

Betriebsspiegel:

Freiland-Geflügelhaltung: 3.000
Legehühner, Kükenaufzucht: 3.500
Tiere/Jahr,
12 Shropshire Mutterschafe
6 ha Grünland/ Weide
2 ha Weihnachtsbäume und Reisig
2 ha Wald
Mist und Futterkooperation mit umliegenden Biobetrieben
Vermarktung über Wochenmärkte, regionaler LEH, Erzeugergemeinschaft

Startschuss für Dialog auf Bauernhöfen

Fast 100 Teilnehmer diskutierten in Quarnstedt über ihre Landwirtschaft

Hunger- spekulation

Eine im Auftrag der Verbraucherorganisation foodwatch von dem Wissenschaftsjournalisten und Buchautor Harald Schumann erstellte Studie kommt zu dem Schluss, dass die Spekulation von Investmentbanken mit agrarischen Rohstoffen entscheidend zu den Preissteigerungen und vor allem auch zu den starken Schwankungen der Agrarpreise beiträgt. Foodwatch hatte exemplarisch die Rolle der Deutschen Bank untersuchen lassen und diese danach aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen, um den Welthunger nicht noch weiter zu fördern. Auch die Politik müsse durch regulierende Maßnahmen eingreifen, so foodwatch-Geschäftsführer Dr. Thilo Bode. Prompt reagierte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, auf die Vorstellung der Studie mit der Ankündigung, die Ergebnisse zu prüfen und eventuelle Konsequenzen zu ziehen. Bode begrüßte die Reaktion und forderte die Banken erneut auf, zu handeln. cs

Jörg und Susanne Hauschildt strahlen. Dabei müsste ihnen eigentlich der Schweiß auf der Stirn stehen. Es ist Sonntag morgen zehn Uhr auf ihrem Milchviehbetrieb in Quarnstedt, Schleswig-Holstein. Die tägliche Morgenarbeit auf dem Hof hat die Familie bereits erledigt und jetzt steht eine Großveranstaltung auf dem Tagesplan. Der Hof sieht aus wie geleckt. Die vielen Autos werden auf eine Koppel zum Parken geleitet. Knapp 100 Gäste treffen am 16. Oktober ein und werden von den bauerlichen Gastgebern Jörg und Susanne Hauschildt willkommen geheißen zum bundesweiten Auftakt von „Bauer hält Hof“ in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

In den kommenden Wochen finden bundesweit „Bauer hält Hof“-Veranstaltungen statt. Bäuerinnen und Bauern organisieren diese Veranstaltungsreihe auf ihren Höfen und werden von den regionalen Trägern der Landwirtschaftskampagne unterstützt. In Quarnstedt beginnt „Bauer hält Hof“ mit einer Andacht des Umweltpastors Thomas Schaack. Er verweist auf die Aussage von den mehr als 400 unabhängigen internationalen Wissenschaftlern im Weltagrarbericht von 2008: „Weiter wie bisher ist keine Option.“ Eine halbe Stunde später zwängen sich die vielen Gäste in den alten Kuhstall. Hofführung. Jörg Hauschildt skizziert die Hofgeschichte: „1971 hatten wir 24 Kühe. Davon konnte man leben. 2010 zählten wir 101 Kühe und die Milchleistung pro Kuh hat sich in dem Zeitraum verdoppelt. Der Trend geht in Richtung 200 oder 300 Kühe. Dahin will ich aber nicht. Dieser Betrieb soll ein Familienbetrieb bleiben.“

Welche Agrarpolitik dahinter steckt und wie sich das gesellschaftliche Bündnis der Landwirtschaftskampagne positioniert, dazu refe-

rieren Hans Foldenauer vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und Christel Kohmert von Brot für die Welt, Schleswig-Holstein, in ihren Eingangsvorträgen. Dann geht es in den Kern dieser Veranstaltung. Neben Grußworten von verschiedenen Organisationsvertretern zur Eröffnung gehen Bauern und Bürger in den agrarpolitischen Diskurs. Wie sich Bauern und Verbraucher bereits treffen und warum solche Begegnungen wichtig sind, weiß Barbara Retzlaff vom Slow Food Convivium Hamburg: „Slow Food arbeitet daran, dass die Verbraucher die Realitäten auf den Höfen kennenlernen. Wir fragen uns: Wo ist der Geschmack geblieben? Der Geschmack ist bedroht durch die agrarindustrielle Massenproduktion. Wir fragen auch nach den Produktionsbedingungen, denn wir wollen Verantwortung mittragen.“

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sagt: „Wenn es diese Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte nicht gegeben hätte, dann würde es heute mehr Bäuerinnen und Bauern geben. Und an der Zerstörung bauerlicher Betriebe verdienen Andere, wie etwa die Gentechnik-Industrie. Die neue Bewegung in der Bankenkrise zeigt uns, dass die Auseinandersetzung von der Straße übernommen wird. Da wird Druck von unten aufgebaut. Das muss uns in der Kampagne ‚Meine Landwirtschaft‘ auch gelingen.“

In der Debatte kritisiert ein Teilnehmer, dass es doch nicht das Ziel sein könne, in kleinste landwirtschaftliche Strukturen zurückzufallen. „Davon ist auch gar nicht die Rede“, erwidert Milchbäuerin und BDM-Mitglied Annelie Wehling. „Die Frage ist, wo wir hin wollen. Warum müssen wir erst die Fehler machen wie in den USA. Dort sind die Milchbetriebe viel größer und der Markt funktioniert überhaupt nicht. Jetzt wird dort über-

legt, wie der Markt gesteuert werden kann.“ Eine Teilnehmerin empört sich darüber, dass in Osterhorn ein Betrieb auf 2.500 Milchkühe aufstocken will, und berichtet, dass sich dort bereits eine Bürgerbewegung dagegen entwickelt. Ein anderer Gast stellt fest, dass er in seiner Souveränität als Verbraucher eingeschränkt ist. Weder seien die Beschreibungen auf den Lebensmittelverpackungen ausreichend, noch darf er die Milch von seinem Nachbarn kaufen, wie es früher möglich war. Eine weitere Frage aus dem Publikum lautet: „Warum ist der Deutsche Bauernverband nicht dabei?“. Joachim Schoof, Moderator der Debatte, antwortet, dass der DBV zur Veranstaltung eingeladen war, aber offiziell keine Vertreter geschickt habe.

Mit an Bord der Auftaktveranstaltung war der NABU, vertreten von Hermann Schulz, Landesvorsitzender Schleswig-Holstein. „Wir freuen uns, in dem Trägerbündnis der Kampagne zu sein.“ Für Bioland sprach Hans Möller, Landwirt und Vorstandsmitglied in Schleswig-Holstein. „Wir arbeiten an der regionalen Wertschöpfung und die ist durch die Agrarpolitik gefährdet.“ Volker Kwade, 2. Vorsitzender von ProVieh, sagt: „Es muss uns gelingen, möglichst viel Bewusstsein über die Agrarpolitik in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Es muss klar werden, dass wir alle in einem Boot sitzen.“

Eine erfolgreiche Bewusstseinsbildung für eine andere Agrarpolitik hängt maßgeblich von Menschen wie Jörg und Susanne Hauschildt und den vielen aktiven Helfern und Organisatoren vor Ort ab. Bäuerinnen und Bauern können noch bei „Bauer hält Hof“ mitmachen.

Berit Thomsen

Kontakt: Tel: 030-28482437,
bauerhaelthof@meine-landwirtschaft.de



Verbraucher, Bauern, Tierschützer, Umweltschützer. Viele Interessierte kommen zum Auftakt von „Bauer hält Hof“

Foto: Thomsen

Nun liegen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik auf dem Tisch. Was ist übrig geblieben von den ersten Ideen, die Kommissar Dacian Ciolos ursprünglich entwickelt hatte, von der nachhaltigeren, umweltschonenderen Landwirtschaft für Europa? Natürlich haben der deutsche Bauernverband und seine agrarindustriellen Verbündeten lobbiiert. Diese Bemühungen sind nicht spurlos an der Reform vorbeigegangen. Aber auch die Kräfte für eine bäuerliche Landwirtschaft sind stark, denn sie haben Bündnispartner in der Gesellschaft und Rückhalt in der Bevölkerung. Die interessiert sich dafür, wie Lebensmittel produziert werden. Und sie will gewährleistet wissen, dass es auf eine nachhaltige Art und Weise geschieht, schonend für Mensch, Tier und Umwelt. Dafür muss die kommende EU-Agrarreform Sorge tragen.



Die Vorschläge der EU-Kommission

Die wichtigsten Elemente der Gesetzesvorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik

Noch am Morgen des 12. Oktober wurde innerhalb der EU-Kommissionsrunde um einzelne Punkte gerungen. Es gab erheblichen Druck, insbesondere auch vom deutschen EU-Energiekommissar Günther Oettinger, die Vorschläge weiter abzuschwächen. Der „Gesandte“ der Bundesregierung soll sogar versucht haben, Energiepflanzen, also Mais für Biogasanlagen und Raps für Sprit, über bestimmte Regelungen bei den Direktzahlungen gezielt zu fördern, quasi als ökologische Maßnahme. Durchgesetzt hat er sich damit nicht. Auf den letzten Metern behielt der Agrarkommissar Dacian Ciolos die Oberhand und setzte seinerseits noch letzte Verbesserungen durch. Mittags stellte er die Gesetzesvorschläge dann mit dem Segen der gesamten Kommission im EU-Parlament vor.

Ein ganzes Paket

Bei den Vorschlägen handelt es sich um ein Bündel von insgesamt sieben Verordnungen. Die wichtigsten betreffen:

- Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (inkl. Greening, Staffelung),
- gemeinsame Marktorganisation (Marktordnung),
- Förderung der Ländlichen Entwicklung (2. Säule),
- Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle (inkl. Cross Compliance).

Direktzahlungen

Die größte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene bekommen bisher die Änderungen bei den Direktzahlungen. Die

wichtigsten Punkte sind hier:

- Greening, also die Bindung der Zahlungen an ökologische Standards im Bereich Fruchtfolge, Dauergrünland-Erhalt und ökologische Vorrangflächen,
- Staffelung und Obergrenze der Basisprämien mit Berücksichtigung der Arbeitskräfte.

Aber bedeutsam sind ebenso:

- Angleichung der Zahlungen zwischen den Mitgliedsstaaten,
- Übergang zu regional oder national einheitlichen Zahlungen je Hektar (in Deutschland 2013 erreicht),
- Aufteilung der Direktzahlungen in Basisprämie, Zahlung für klima- und umweltschonende Bewirtschaftungsmethoden (Ökologisierungskomponente) sowie weitere Zahlungen (Kleinlandwirte, Junglandwirte, benachteiligte Regionen sowie gekoppelte Zahlungen),
- Zahlungen nur noch für „aktive Landwirte“.

Greening „zu dritt“

Die Kommission schlägt vor, dass 30 Prozent der gesamten Direktzahlungen eines Mitgliedsstaats und der Betriebe direkt daran gebunden werden, dass die Antragsteller von Direktzahlungen drei bestimmte Landbewirtschaftungsmethoden einhalten, die dem Klima- und Umweltschutz dienen sollen:

Fruchtfolge

Betriebe mit mehr als 3 ha Ackerland (ohne: Dauergrünland, andere Graserzeugung und Brache) müssen auf der

Ackerfläche mindestens 3 verschiedene Kulturen anbauen, wovon jede mindestens 5 Prozent der Ackerfläche ausmachen muss und höchstens 70 Prozent ausmachen darf.

Eine ähnliche Regelung gibt es in Deutschland schon bei den so genannten „GLÖZ“-Vorgaben: Die Betriebe müssen den Erhalt der organischen Substanz (Humus) im Boden und den Schutz der Bodenstruktur mittels Humusbilanz oder Bodenhumusuntersuchungen nachweisen, oder sie halten eine Mindestfruchtfolge ein: mindestens 3 Kulturen auf der Ackerfläche mit einem Mindestanteil von je 15 Prozent der Ackerfläche, d.h. eine Frucht darf maximal 70 Prozent der Ackerfläche ausmachen. Laut Bundesministerium BMELV erfüllt jedoch ein Drittel der deutschen Betriebe diesen Standard nicht, sondern legt Humusbilanzen bzw. Bodenuntersuchungen vor.

Die AbL kritisiert den EU-Vorschlag als zu schwach, weil ein Fruchtwechsel nur erreicht wird, wenn eine Frucht auf maximal 50 Prozent der Ackerfläche begrenzt wird. Außerdem fordert die AbL einen Mindestanteil von Leguminosen oder Gemenge von 20 Prozent der Ackerfläche als notwendigen Beitrag zu einer europäischen Eiweißstrategie.

Dauergrünland-Erhalt

Die zweite „Greening“-Vorgabe betrifft den Erhalt von Dauergrünland im Betrieb. Betroffen ist das Dauergrünland, das im Antrag 2014 (Referenzjahr) als Dauergrünland angemeldet wird (mindestens fünf Jahre ununterbrochen Grünland). Der Betrieb kann nach 2014 maximal 5 Prozent davon umbrechen, „im Falle höherer Gewalt“ oder bei „außergewöhn-

lichen Umständen“ auch mehr, es sei denn, es bestehen auf Grundlage der heutigen EU-Rechtslage bereits Einschränkungen zum Grünlandumbruch, wie in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Dort, wo auf Grundlage der heutigen EU-Verordnung bereits die Umwandlung von Acker- und Dauergrünland vorgeschrieben wird, sind diese Flächen zum Dauergrünland 2014 hinzuzuzählen.

Gleichzeitig schlägt die Kommission vor, die geltende Cross-Compliance-Vorgabe zum Dauergrünlandumbruch um zwei Jahre bis Ende 2015 zu verlängern. Das bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländer, in denen der Anteil des Dauergrünlands an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche gegenüber dem heutigen Referenzjahr 2003 um mehr als 10 Prozent abnimmt, Gegenmaßnahmen treffen müssen, bis hin zur Anordnung von Wiedereinsaat umgebrochenen Dauergrünlands.

7 Prozent Vorrangfläche

Die stärkste Polemik gegen die Vorschläge setzen Bauernverband und einige Ministerien an der dritten Vorgabe an: Die Betriebe müssen mindestens 7 Prozent ihrer beihilfefähigen Ackerfläche (genauer: Nicht-Dauergrünlandfläche) „als im Umweltinteresse genutzte Flächen ausweisen“. Als Beispiele nennt die Kommission im Text: Brachflächen, Terrassen (an Hängen), Landschaftselemente (wie Hecken), Pufferstreifen (entlang von Gewässern)

Fortsetzung Seite 14 unten

Weitere Vorschläge der Kommission

Neben dem „Greening“ schlägt die Kommission weitere Änderungen bei den Direktzahlungen vor

Die 70 Prozent Direktzahlungen, die nicht direkt ans Greening gekoppelt sind, werden in Abhängigkeit von der Höhe der Zahlungssumme und in Abhängigkeit der betrieblichen Lohnkosten gestaffelt bzw. gedeckelt. Dazu wird zunächst die Summe sämtlicher tatsächlich gezahlter und ausgewiesener Lohn- und Lohnnebenkosten (inkl. Abgaben und Lohnsteuern) vom Betrag der 70 Prozent Direktzahlungen abgezogen. Überschreitet der dann verbleibende Betrag 150.000 Euro im Jahr, erfolgt eine progressiv gestaltete Kürzung:

- Abzug um 20 Prozent für den Betrag, der zwischen 150.000 und 200.000 Euro liegt (also maximal 20 Prozent von 50.000 EUR = 10.000 EUR),
- Abzug um 40 Prozent zwischen 200.000 und 250.000 EUR,
- Abzug um 70 Prozent zwischen 250.000 und 300.000 EUR,
- Abzug bzw. Kappung um 100 Prozent über 300.000 EUR.

Die Mitgliedsstaaten sollen – wie auch immer – Regelungen erlassen, die verhindern, dass Betriebe „künstlich die Voraussetzungen“ schaffen, um diese Kürzungen zu umgehen, etwa durch Betriebsteilungen.

Staffelung & Arbeitskraft

Die EU-Kommission geht davon aus, dass in Deutschland gut 2.800 Betriebe über 150.000 Euro Basisprämie bekommen werden und nur 100 Betriebe vor die Entscheidung gestellt werden, entweder Kürzungen hinzunehmen oder Arbeitskräfte einzustellen bzw. die Lohnkosten zu erhöhen.

Die AbL begrüßt, dass mit diesem Vorschlag die Berücksichtigung des Faktors Arbeit bei den Direktzahlungen erstmals so deutlich in einem Gesetzesvorschlag aufgenommen worden ist. Sie kritisiert aber, dass die Form ungenügend ist. Die Grenzen sind zu hoch angesetzt, außerdem hält die AbL es für falsch, die vollen Lohnkosten anrechnen zu lassen. „Landwirtschaft muss Wirtschaft bleiben, auch in Großbetrieben“, kommentierte Maria Heubuch. Vor allem aber muss den Mitgliedsstaaten und Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, dass sie über diesen Vorschlag der Kommission hinausgehen und den Faktor Arbeit auch in kleiner strukturierten Betrieben und Regionen zur Berechnung der Zahlungshöhen heranziehen. Dass das technisch geht, machen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vor, denn sie berechnen die Beiträge zur

Unfallversicherung, die die Betriebe zahlen müssen, nunmehr maßgeblich nach einem kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf der Betriebe. Die Berufsgenossenschaften nutzen dabei sogar zum Teil schon die Angaben aus den Prämienanträgen der Betriebe.

Aktiver Landwirt

Insgesamt will die Kommission Direktzahlungen nur noch an „aktive Landwirte“ vergeben. Wer weniger als 5.000 Euro Direktzahlungen im Jahr erhält, soll automatisch als aktiver Landwirt gelten



Weniger Monokultur, mehr Grün.

(im Jahr 2009 erhielten in Deutschland 49 Prozent aller Zahlungsempfänger weniger als 5.000 Euro). Wer Zahlungsansprüche von mehr als 5.000 Euro hat, soll nur dann als aktiver Landwirt gelten und also nur dann Zahlungen bekommen, wenn die außerlandwirtschaftlichen „Einkünfte“ im jüngsten Steuerjahr die errechneten Direktzahlungen nicht um mehr als das 20fache übersteigen. Bei 10.000 Euro Zahlungsansprüchen dürfen also die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte 200.000 Euro im Jahr nicht übersteigen. Einkünfte sind nach dem Steuerrecht nicht Umsätze, sondern das, was nach Abzug der zur Einkunftserzielung veranlassenden Aufwendungen übrigbleibt.

Kleinlandwirte

Besonders auf die Situation in Rumänien und Bulgarien, aber auch in einigen anderen EU-Staaten ist der Vorschlag gemünzt, Kleinlandwirten eine vereinfachte Pauschalzahlung ohne Greening- und Cross-Compliance-Anforderungen anzubieten. Die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob sie das anbieten. Die Höhe der Pauschalzahlung richtet sich am Prämien-

durchschnitt im Mitgliedsstaat aus. Sie soll maximal den Zahlungen für 3 Hektar entsprechen, darf aber nicht unter 500 und nicht über 1.000 Euro pro Betrieb und Jahr liegen. Betriebe, die diese Zahlung beantragen, können keine anderen Zahlungen aus der 1. Säule mehr beantragen; die Betriebe müssen sich im Jahr 2014 entscheiden (für immer). Die Mitgliedsstaaten dürfen bis zu maximal 10 Prozent ihrer Direktzahlungssumme dafür einsetzen. In Deutschland würde die Zahlung nach Berechnungen des BMELV zwischen 900 und 1.000 Euro betragen. Laut EU-Kommission erhielten im Jahr 2009 in Deutschland 25 Prozent aller Zahlungsempfänger weniger als 1.250 Euro Direktzahlungen.

Junglandwirte

Anders als bei der Kleinlandwirte-Regelung will die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, eine Sonderzahlung für Junglandwirte einzuführen. Als Junglandwirt gilt, wer unter 40 Jahre alt ist und vor höchstens fünf Jahren einen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen oder gegründet hat. Für diese soll der Mitgliedsstaat einen Aufschlag auf eine begrenzte Anzahl Zahlungsansprüche pro Betrieb gewähren und zwar für höchstens die ersten fünf Jahre nach Betriebsgründung. Die Höhe des Aufschlags soll 25 Prozent der durchschnittlichen betrieblichen Zahlungsansprüche im jeweiligen Jahr betragen. Der Aufschlag wird begrenzt auf eine Hektarzahl pro Betrieb, die sich an der durchschnittlichen Betriebsgröße im Mitgliedsstaat orientiert. In Deutschland liegt die Grenze derzeit bei 46 Hektar pro Betrieb. Insgesamt soll der Mitgliedsstaat höchstens 2 Prozent der gesamten Direktzahlungen für die Junglandwirtezahlung einsetzen.

Benachteiligte Gebiete

Die Kommission ist dabei geblieben, auch in der ersten Säule eine gesonderte Flächenzahlung für Betriebe in „naturbedingt benachteiligten“ Gebieten vorzusehen. Sie überlässt es aber den Mitgliedsstaaten, ob sie diese Regelung anwenden. Die Mitgliedsstaaten können sowohl über die Zahlungshöhe je Hektar entscheiden als auch darüber, ob sie

die Zahlung zwischen den benachteiligten Gebieten unterschiedlich hoch bemisst. Die Kommission begrenzt die Zahlungen auf die Gebiete, die sie nach neuen Kriterien festsetzen will, was für Deutschland nicht nur auf eine veränderte, sondern insgesamt auch deutlich verringerte Gebietskulisse hinausläuft. Die Mitgliedsstaaten dürfen für diese Zahlungen höchstens 5 Prozent der Direktzahlungen ausgeben.

Weitere Umverteilungen

Die Kommission schlägt weitere Umverteilungen von Zahlungen vor. Übergeordnet ist die Anhebung der Gesamtsummen für jene Mitgliedsstaaten, deren Zahlungsdurchschnitt pro Hektar unterhalb von 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. In diesen Ländern sollen die Summen schrittweise angehoben werden, bis die Differenz zu diesen 90 Prozent des EU-Durchschnitts um ein Drittel reduziert ist. Abgeben müssen die Länder, die über dem EU-Durchschnitt liegen, wobei sie umso mehr abgeben müssen, je stärker sie über dem Durchschnitt liegen. Den höchsten Aufschlag bekommt dadurch laut EU-Kommission Lettland (+ 48 Prozent), die größten Abzüge haben Malta (- 11%) und die Niederlande (- 8 Prozent); Deutschland verliert „nur“ 4 Prozent.

Innerhalb der Mitgliedstaaten führt eine Regelung zu deutlichen Umverteilungen, die in Deutschland schon Gesetz ist: der Übergang von historischen Betriebsprämien hin zu regional einheitlich hohen Zahlungsansprüchen pro Hektar. In Deutschland wird das im Jahr 2013 erreicht sein; laut BMELV werden dadurch zwischen 500 und 600 Millionen Euro vom Ackerland auf Grünland verlagert.

Außerhalb der Zahlungen

Beschrieben sind damit die für Deutschland wichtigsten Vorschläge bezüglich der Direktzahlungen. Dass die Kommission den Mitgliedsstaaten weiterhin die Möglichkeit einräumen will, einen Teil der Zahlungen an der Produktion gekoppelt zu gewähren, spielt eher in anderen Mitgliedsstaaten eine Rolle, nicht aber in Deutschland.

Andere Vorschläge der Kommission, die auch für Deutschland große Bedeutung haben, beziehen sich auf andere Bereiche als die Direktzahlungen: Sie betreffen die Förderung in der 2. Säule (einschließlich Agrarumweltmaßnahmen und Stallbauförderung) sowie die Marktordnungen (Erzeugergemeinschaften, Branchenorganisationen, Zuckerquoten und mehr). Dazu mehr in weiteren Ausgaben der *Bauernstimme*. uj

Reaktionen auf die Vorschläge der GAP-Reform

Richtige Schritte, viele Mängel und unterschiedliche Interessen

Jetzt ist es offiziell. Am 12. Oktober hat die EU-Kommission die Pläne zur Gemeinsamen Agrarreform (GAP) 2013 vorgestellt (siehe vorherige Seite). Die Reaktionen von Verbänden und Politik sind unterschiedlich – genauso wie die dahinter stehenden Interessen. Im folgenden ein grober Überblick:

Agrarminister

Bundesagrarministerin Ilse Aigner unterstützt grundsätzlich die Ausrichtung der Vorschläge zur GAP-Reform. Eine Kappung der Direktzahlungen ab 300.000 Euro und die Koppelung der Gelder an Arbeitskräfte lehnt sie jedoch ab, da so ein neues Fördersystem geschaffen würde – die Förderung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Es müsse zudem verhindert werden, dass sich der Flächenverlust für die Landwirtschaft noch weiter verschärfe. Die Erzeugung von Lebensmitteln und erneuerbarer Energie brauche produktive Flächen, die nachhaltig bewirtschaftet werden. Damit bezieht sie sich auf den Vorschlag der EU-Kommission, mindestens sieben Prozent der Ackerfläche so umzustellen, dass damit klare Vorteile für den

Schutz der Biologischen Vielfalt und der Umwelt verbunden sind.

Keine Obergrenzen im Osten

Nicht unerwartet ist die Reaktion der ostdeutschen Agrarminister. In einer gemeinsamen Stellungnahme zu den Vorschlägen der GAP kritisieren sie vor allem die betriebsbezogene Obergrenzenregelung für Direktzahlungen, auch unter Berücksichtigung der Arbeitskräfte. Die Umsetzung dieser Regelung würde landwirtschaftliche Unternehmen in den

■ ■
„Nie zuvor ist der Faktor Arbeit so deutlich in einen Gesetzesvorschlag der Kommission aufgenommen worden. Das ist ein großer Erfolg“, Maria Heubuch, AbL.
■ ■

neuen Bundesländern benachteiligen und zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand führen. Der sächsische Landwirtschaftsminister Frank Kupfer beklagt zu-

dem die Verknüpfung von 30 Prozent der Direktzahlungen mit zusätzlichen Umweltauflagen. Mehr Umweltleistungen seien durchaus zu begrüßen, ein Greening in dieser Form sei jedoch nicht akzeptabel. Auch eine obligatorische Flächenstilllegung von sieben Prozent sei gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Flächenknappheit zurückzuweisen, so Kupfer.

Enttäuscht

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner zeigt sich enttäuscht von den Vorschlägen der Kommission. Nicht-Landnutzer wie Golfclubs oder Fluggesellschaften von der Förderung auszuschließen sei zwar richtig, die hierfür geplante Einführung eines Mindesteinkommens aus der Landwirtschaft schade aber auch kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben. Er kritisiert den künftigen bürokratischen Aufwand und zusätzliche Kosten für einen Großteil der Betriebe. Auch kritisiert Brunner die sieben Prozent Flächenstilllegung, die dem ökologischen Wert einer kleinräumigen, bäuerlichen Landwirtschaft in Regionen wie Bayern nicht

gerecht werde und im Widerspruch zum wachsenden Bedarf an Lebensmitteln und zur Energiewende stünde.

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann kritisiert, dass die Koppelung der Direktzahlungen an Umweltauflagen nicht praxisorientiert sei und eher in einen „Bevormundungsstaat“ als zu standortangepassten Verbesserungen der Umwelteleistungen führen würde. 42 Prozent aller Landwirte, die mehr als drei Hektar Acker bewirtschaften, wären von den Greening-Vorgaben betroffen. Von der gestaffelten Kürzung der Prämienzahlungen oberhalb von 150.000 Euro je Betrieb wären höchstens 70 Landwirte betroffen, von der Kappingsregelung oberhalb von 300.000 Euro weniger als zehn Unternehmen, so Lindemann.

Wichtige Schritte

Für die Landwirtschaftsminister aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gehen die Reformvorschläge der EU-Kommission tendenziell in die richtige Richtung. Alexander Bonde aus Baden-Württemberg begrüßt die Deckelung der Direktzahlungen als einen richtigen, aber zu zaghaften Ansatz. Die Bindung von 30 Prozent der Direktzahlungen an Umweltauflagen und die Vorschrift einer dreigliedrigen Fruchtfolge seien wichtige Schritte. Bonde bemängelt jedoch, dass weitergehende Reformvorschläge in Richtung einer ökologischeren Agrarpolitik innerhalb der Kommission ausgebremst worden seien. Für Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken aus Rheinland-Pfalz sind die Vorschläge zur ökologischeren Ausrichtung der Direktzahlungen nicht ausreichend. Sie fordert, den Anbau von Eiweißpflanzen als Greening-Maßnahme einzuführen. Die Vorgaben für die Fruchtfolge müssten verbessert werden, um zum Beispiel Maismonokulturen zu verhindern. Der vorgeschlagene Grünlandumbruch zum 1. Januar 2014 komme viel

■ ■
„Wir stehen diesen Überlegungen ablehnend gegenüber“, Ilse Aigner, CSU, Bundeslandwirtschaftsministerin.
■ ■

zu spät und provoziere zum Umbruch wertvoller Flächen. Ganz zufrieden mit den Reformvorschlägen zeigt sich Johannes Rimmel, Landwirtschaftsminister aus Nordrhein-Westfalen. Sie seien ein richtiger und unterstützenswerter Ansatz für ein klares Umsteuern und Neuausrichten der GAP. Er kritisiert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse

Aigner, die einer Ökologisierung der EU-Agrarpolitik im Wege stehe. Es sei an der Zeit, dass die Bundesregierung diese Blockadehaltung rasch aufbebe.

Verbände

Einige Umwelt- und Bioverbände sowie die Bauernvertretungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) begrüßen tendenziell die Ausrichtung der Kommissionsvorschläge für eine ökologischere und sozialere Landwirtschaft. Die meisten sehen jedoch Mängel in der konkreten Ausgestaltung der Vorschläge. Der Deutsche Bauernverband zeigt sich gänzlich unzufrieden.

Richtige Richtung mit Mängeln

Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, begrüßt, dass Dacian Ciolos die zentralen Forderungen der AbL und der gesellschaftlichen Bündnisse wie die Bindung der Direktzahlungen an ökologische Standards und Arbeitskräfte aufgegriffen hat. Allerdings sieht er in der konkreten Ausformung der Vorschläge Mängel. AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch kritisiert unter anderem, dass die Grenzen mit 150.000 bzw. 300.000 Euro, bei denen die Staffelung bzw. die Obergrenze einsetzen soll, zu hoch angesetzt seien. Auch seien Vorgaben zur Fruchtfolge mangelhaft. Ebenso wie der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kritisiert die AbL die Vorgabe, nach der auf maximal 70 Prozent der Ackerflächen eine einzige Frucht stehen dürfte. Dies sei völlig ungeeignet, den schädlichen Trend der Ausbreitung von Monokulturen, wie etwa Mais, zu bremsen, so der BÖLW. AbL und BÖLW fordern eine Grenze von maximal 50 Prozent und einen Mindestanteil an Leguminosen.

Eine GAP für die Industrie

Der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) sieht in den Vorschlägen zur GAP gute Ansätze, kritisiert jedoch einige Punkte. Aus Sicht des BDM fehlen in den Vorschlägen jegliche Regeln für sinnvolle Rahmenbedingungen auf den Märkten. Die Vorschläge der Kommission richten sich nach den



Schöne Aussichten!

Fotos: Herzog

Fortsetzung Seite 14 oben

Zur EU-Agrarreform gesagt:

„Nie zuvor ist der Faktor Arbeit so deutlich in einen Gesetzesvorschlag der Kommission aufgenommen worden. Das ist ein großer Erfolg.“ Maria Heubuch, AbL.

„Wir stehen diesen Überlegungen ablehnend gegenüber, denn hier würde schon wieder ein neues Fördersystem geschaffen – die Förderung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft.“ Ilse Aigner, CSU, Bundeslandwirtschaftsministerin.

„Die Einführung einer Kürzung und Kappung der Direktzahlungen lehne ich strikt ab. Niemand darf wegen seiner Betriebsgröße benachteiligt werden.“ Jürgen Reinholz, Vorsitzender der Deutschen Agrarministerkonferenz und Landwirtschaftsminister Thüringen.

„Mehr Umweltleistungen der Landwirtschaft sind zu begrüßen, aber ein Greening in dieser Form ist nicht akzeptabel.“ Frank Kupfer, Landwirtschaftsminister Sachsen.

„Statt wie angekündigt für Entlastungen zu sorgen, verschärft der Agrarkommissar den bürokratischen Aufwand sogar noch drastisch.“ Helmut Brunner, CSU, Landwirtschaftsminister Bayern.

„Eine als 'Greening' getarnte direkte oder indirekte deutliche Einkommensreduzierung für Millionen europäischer Bauern ist so nicht akzeptabel.“ Gert Lindemann, CDU, Landwirtschaftsminister Niedersachsen.

„Der Ansatz der Kommission, die Agrarpolitik der Europäischen Union nachhaltiger zu gestalten, ist richtig und muss weiter ausgebaut werden.“ Johannes Rimmel, Grüne, Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalen.

„EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hat so stark wie bisher kein Kommissar vor ihm zentrale Forderungen der AbL und der gesellschaftlichen Bündnisse in Deutschland und Europa aufgegriffen.“ Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL.

„Die Pläne der Kommission werden keinesfalls zu wirtschaftlichem und grünem Wachstum in der europäischen Landwirtschaft führen.“ Gerd Sonnleitner, DBV.

„Jeder Hektar, egal ob Acker- oder Grünland, muss die gleiche Unterstützung erhalten. Wir wollen Gerechtigkeit.“ Gerd Sonnleitner, DBV.

„Mit ihren Vorschlägen tritt die Kommission weitgehend auf der Stelle, ein Systemwechsel hin zu einer umweltfreundlichen und bäuerlichen Landwirtschaft in Europa ist so nicht zu bewirken.“ Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW.

„Mit der vollkommenen Ausrichtung der Agrarpolitik an den Interessen der Industrie haben wir auch im Agrarbereich weiter die Situation, dass Gewinne privatisiert und die Kosten für Marktkrisen sozialisiert werden.“ Romuald Schaber, BDM.

„Die vorgeschlagenen Greening-Maßnahmen reichen nicht aus, die Umwelt- und Klimaschäden wirkungsvoll zu bekämpfen, welche Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung verursachen.“ Martin Hofstetter, Greenpeace.

„Die grobe Richtung stimmt, aber die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Umweltsituation nachhaltig zu verbessern.“ Hubert Weiger, BUND.

Kurzes am Rande

Fortsetzung von Seite 13

Interessen der Industrie, kritisiert der Vorsitzende Romuald Schaber. Er fordert, dass der kalkulatorische Arbeitszeitaufwand, der seit kurzer Zeit Grundlage der Berechnung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung ist, auch bei der Vergabe der Direktzahlungen als Bemessungskriterium mit herangezogen werden sollte, um eine sozial gerechtere Umverteilung zu erreichen. Damit werde der faktisch höhere Arbeitszeitaufwand von Milcherzeugern z.B. gegenüber stärker rationalisierbaren Ackerbaubetrieben entsprechend berücksichtigt, so Schaber.

Wenig positive Ansätze

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace sehen die Vorschläge für die GAP Reform als Schritt in die richtige Richtung, kritisieren allerdings die Maßnahmen als unzureichend, um die Umwelt- und Klimasituation nachhaltig zu verbessern. Die Regeln für die Landwirte zur Fruchtfolgegestaltung und beim Grünlandschutz seien ineffektiv und damit inakzeptabel, so Hubert Weiger vom BUND. Die Vorgabe, dass auf maximal 70 Prozent der Ackerflächen eine einzige Frucht stehen dürfe, ist für den Verband nicht hinnehmbar, da der

Fortsetzung von Seite 11

sowie Aufforstungsflächen. Diese Liste ist ausdrücklich nicht abschließend formuliert, die Kommission will Näheres in einem delegierten Rechtsakt regeln.

Der Bauernverband macht aus diesem Passus einen Zwang zur Stilllegung. Diese Flächen dürften nicht mehr zur Erzeugung von Lebensmitteln genutzt werden. Das ist schlicht falsch, es machte auch keinen Sinn, wie alle wissen. Der Kommissions-Text spricht ausdrücklich von „genutzten Flächen“ und „Flächennutzung für Umweltzwecke“. Die Plattform-Verbände fordern nicht umsonst: „Auf mindestens 10 Prozent der Betriebsfläche wird die Nutzung vorrangig im Sinne der Förderung der Biodiversität ausgerichtet (ökologische Vorrangflächen). Bei hohen Schlaggrößen ab 10 ha gilt das auch als Mindestanteil pro Schlag.“ Auch hier wird also betont, dass es um Nutzung geht, nicht um Stilllegung. Aus AbL-Sicht könnten hierunter nicht nur Feldgehölze, Streuobstwiesen und Pufferstreifen mit verminderter Düngung und Pflanzenschutz zählen, sondern auch der Anbau von Kleegras oder Körnerleguminosen. Mais für Biogasanlagen, Raps oder Zuckerrüben für die Spriterzeugung zählen sicherlich nicht dazu, auch wenn der Bauernverband das hinter den Kulissen anstrebt.

Leistung der Bios reicht

„Angesichts des anerkannten Umweltnut-

Anbau von Monokulturen wie beispielsweise von Mais somit künftig als „Umweltleistung“ gelten soll, so Weiger. Es gebe zudem kaum Vorschläge für den Gewässer- und Klimaschutz, so Weiger weiter. Martin Hofstetter von Greenpeace befürchtet, dass der deutsche Bauernverband und Ministerin Aigner alles tun werden, um die wenigen positiven Ansätze in Ciolos Vorschlägen – wie beispielsweise die Bindung eines Teils der Direktzahlungen an Umweltauflagen – zu verwässern.

Keine Stilllegung wegen Hungersnot

Gerd Sonnleitner, Präsident des deutschen Bauernverbands, ist mit den Vorschlägen der EU-Kommission äußerst unzufrieden. Er kritisiert unter anderem die Ausweisung „ökologischer Vorrangflächen“ zum Schutz der Umwelt und Artenvielfalt. Der Landwirtschaft würden rund 60.000 Hektar Agrarfläche durch Stilllegung verloren gehen, was im Angesicht des Hungers in der Welt, aber auch der Energiewende verantwortungslos sei, so Sonnleitner. Für unverantwortlich hält Sonnleitner auch die Kappung ab 300.000 Euro. Jeder Hektar, egal ob Acker- oder Grünland, müsse die gleiche Unterstützung erhalten. Weder bei kleinen oder mittleren, noch bei den größeren Betrieben dürfe gekürzt werden, so Sonnleitner. *mh*

zens der Produktionssysteme der ökologischen Landwirtschaft“ müssen Bio-Betriebe nach Vorstellung der Kommission die Einhaltung der Greening-Vorgaben nicht gesondert nachweisen. Bauernverband und Bundesregierung wollen das nutzen, um das Greening doch noch in die zweite Säule zu verlagern, nach dem Motto: Wer bei Agrarumweltmaßnahmen wie der Bioförderung aus der zweiten Säule mitmacht, soll die Greening-Vorgabe immer schon erfüllen. Die AbL kritisiert das, weil damit das Greening zur Beliebigkeit der Mitgliedsstaaten verkommen und gleichzeitig die zweite Säule konzeptionell und finanziell zerstören würde.

Greening für alle

An die Einhaltung der Greening-Anforderungen sind – wie schon ausgeführt – unmittelbar 30 Prozent der Direktzahlungen gebunden. Das bedeutet aber nicht, dass Betriebe einfach auf diese 30 Prozent verzichten und den Rest mitnehmen können, ohne die Vorgaben zu erfüllen. Die Kommission schreibt ausdrücklich, dass für alle Empfänger das Anrecht auf Direktzahlungen an die Einhaltung dieser Vorgaben gebunden ist. Die Sanktionen über den Verlust der 30 Prozent hinaus stehen noch nicht, das wird in Durchführungsbestimmungen später festgelegt. *uj*

Kämpfen für gerechte Nachbaulösung!

An den geplanten Änderungen der EU-Saatgutgesetzgebung muss noch gearbeitet werden

Effektiver, einfacher und gerechter soll die Nachbauregelung der Zukunft werden, so stellen es sich die Pflanzenzüchter vor. Aber auch die europäische Bauernorganisation Copa, in der der deutsche Bauernverband Mitglied ist und dessen Vorsitz derzeit der Bauerverbandspräsident Gerd Sonnleitner inne hat, bläst ins selbe Horn. Haben doch Copa-Cogeca und die europäische Pflanzenzüchterorganisation ESA beim gemeinschaftlichen Sortenamt zusammengessessen und Handlungsbedarf reklamiert. Ihr zentrales Anliegen: Eine pauschale Auskunftspflicht unabhängig von den bisher durch die EuGH-Urteile manifestierten Anhaltspunkten muss her. Darauf konnten sich Bauernverbandsvertreter und Züchter einigen. Weitere Verhandlungsaspekte hat der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) in seinem Geschäftsbericht aufgeführt:

So sollen öffentliche Stellen, sprich die Ämter, die dank der Agrarförderanträge über die entsprechenden Daten verfügen, Hilfestellung bei der Informationsbeschaffung leisten.

Eine Aufbereitung von Nachbausaatgut soll nur noch mit Sortennennung und Rückstellproben möglich sein.

Die Kleinlandwirterregelung soll wegfallen.

Die nachbaufähigen Arten sollen stärker eingeschränkt werden.

Der Nachbau soll flächen- bzw. mengenmäßig begrenzt werden.

Es soll die volle Lizenzgebühr fällig werden.

Kein Wunschzettel

Ein Schreckensszenario für die Bauern und Bäuerinnen. „Dies ist kein Wunschzettel“, sagt Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL und der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN), sondern habe längst Eingang gefunden in die Gremien, die auf europäischer Ebene an einer Neuregelung der Nachbaugesetzgebung arbeiten. Janßen und eine Gruppe von Bauern aus den Reihen der IGN sowie deren Anwälte haben mehreren EU-Parlamentariern und der Leiterin der Abteilung Saat- und Pflanzgut der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher innerhalb der Europäischen Kommission Besuche abgestattet, um aus erster Hand zu hören, welche Haltung sie zum Thema haben. Die Parlamentarierinnen, Elisabeth Jeggle von der CDU, Ulrike Rodust von der SPD und der Grünenabgeordnete Martin Häusling erwiesen sich als relativ wenig bewandert, aber interessiert und zumindest im Fall von Ulrike Rodust auch als bereit, weitergehende Informationen zu sammeln. Sie stellte umgehend einen Antrag an die Europäische Kommission, in dem sie abfragt,

wie weit die Debatte um die Novellierung der Saatgutgesetzgebung fortgeschritten ist und welche Veränderungen geplant sind. Außerdem möchte sie wissen, ob der Kommission bekannt ist, wie die Situation in den übrigen Mitgliedsstaaten ist, ob es ähnliche juristische Auseinandersetzungen gegeben hat wie in Deutschland. Schließlich macht sie in ihrer Anfrage auch die Debatte auf, wer eigentlich zu welchen Teilen von den Nachbaugebühren profitiert, große Konzerne oder kleine Unternehmen.

Einfach und gerecht

Die von der IGN auch besuchte Mitarbeiterin der EU Kommission, Päivi Mannerkorpi, war da schon besser im Bilde. Sie wusste davon zu berichten, dass die mehrere Jahre dauernde Evaluation der EU-Saatgutgesetzgebung durch ein von der Kommission beauftragtes privates Unternehmen jüngst abgeschlossen wurde. Nun gehe es daran, von der Kommission aus Umsetzungsstrategien für die in der Evaluation angemahnten Änderungen zu erarbeiten. Dies betreffe, so Mannerkorpi, die Nachbauregelung aber nur unwesentlich, hier seien keine gravierenden Änderungen zu erwarten.

Dass diese Aussage entweder eine Fehleinschätzung oder eine bewusste Verharmlosung der Situation ist, wurde auf einer Konferenz deutlich, die kurz nach dem Gespräch stattfand. Vorgestellt wurden die Ergebnisse der Evaluation durch die EU-Kommission den betroffenen Gruppen, also Vertretern der Pflanzenzuchtunternehmen, ihren Lobbyorganisationen und auch den Interessensvertretern der Bauern und Bäuerinnen. Der mit Rederecht ausgestattete Vertreter der europäischen Bauernorganisation Copa-Cogeca, der Däne Thor Gunnar Kofoed, erwies sich aber nur als vermeintlicher Vertreter der Bauern und Bäuerinnen, stellte er doch die Ergeb-

nisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe beim gemeinschaftlichen Sortenamt für eine einfache und gerechte Nachbauregelung mit der Umsetzung einer pauschalen Auskunftspflicht als wünschenswert vor. Als daraufhin Matthias Miersch als Anwalt der IGN darauf aufmerksam machte, dass damit die Rechtsprechung des EuGH mit ihrem Ansinnen, einen gerechten Interessensausgleich zu schaffen, ad absurdum geführt würde, gab es hauptsächlich Unverständnis. Ein polnischer Regierungsvertreter forderte klare Regelungen zu Gunsten der Züchter, wie es sie in Polen gebe und wie sie sich dort auch per Gerichtsbeschluss durchsetzen ließen. Lediglich zwei Vertreter des bayerischen Bauernverbandes betonten, dass sie eine pauschale Auskunftspflicht nicht mittragen würden. Damit muss man sie als IGN nun beim Wort nehmen, wenn schon ihr Lobbyapparat in Brüssel offensichtlich versagt hat. Es gilt nicht nur zu verhindern, dass die Züchter bei der Nachbauregelung endlich so durchmarschieren können, wie sie es immer schon wollten, wie es ihnen aber immer wieder die Gerichte verwehrt haben, sondern noch mehr: Gerd Portz, der als IGN-Bauer mit zur Konferenz gereist war, sieht die Ansprüche der Züchter immer weiter wachsen. Mehrere Lobbyvertreter formulierten, so Portz, bereits den Besitz und die Lizenzfähigkeit von Ernteprodukten wie Mehl oder Obst und Gemüse. „Da müssen wir auch die Verbraucher mit ins Boot holen“, so Portz. Er und Matthias Miersch reisten zwar konsterniert ob der offensichtlichen Eintracht der auf der Konferenz sitzenden Lobbyisten aus Brüssel weg, aber auch umso mehr motiviert, erneut für eine Nachbaureglung zu kämpfen, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und nicht nur die Kassen der Konzerne. cs



Die IGN in Brüssel mit der Leiterin der Abteilung Saat-Pflanzgut der EU-Kommission Päivi Mannerkorpi (3. von rechts)
Foto: Schulin



Saatgutaktivisten in Genf

50 Saatgutaktivisten aus mehreren Ländern haben am 20. Oktober in Genf auf Einladung von Via Campesina Europa in einer symbolischen Aktion einen Obstbaum gegenüber dem UPOV-Gebäude gepflanzt, der die Tätigkeiten der UPOV (Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) kritisch beobachten soll. Um die kritische Begleitung ging es auch auf einer anschließenden Tagung der bäuerlichen Delegationen u.a. aus Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweiz, Österreich, Belgien und der Türkei. Die deutsche Delegation war durch den Geschäftsführer der IG Nachbau, Georg Janßen, vertreten, dessen Bericht über die seit 1998 stattfindende Auseinandersetzung um die Nachbaugesetze beim Saatgut auf großes Interesse und lebhaftes Diskussion traf. Auch in anderen Ländern machen die Pflanzenzüchter Druck. In Spanien haben sich im September Züchter und Saatgutaufbereiter auf Nachbaugebühren der Bauern geeinigt, die aber von den drei größeren Bauernorganisationen abgelehnt werden. In Großbritannien werden Gebühren von Aufbereitern kassiert, die dann an die Züchter weitergeleitet werden und in Polen sollen die Bauern per Gesetz angeben, ob sie zertifiziertes oder nachgebautes Saatgut einsetzen. Die Delegationen waren sich einig, dass der Informationsaustausch intensiviert und der europaweite Widerstand gegen die Nachbaugebühren organisiert wird. cs

Glyphosat im Essen?

Glyphosat bleibt mit unterschiedlichen Aspekten in der Diskussion. Nachdem die Studie zum Einfluss des Wirkstoffes auf Embryonen publik wurde, veröffentlichten norddeutsche Medien Untersuchungen des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministeriums, das Glyphosat in Lebensmitteln gefunden hatte. Der NDR berichtete von Importlinsen aber auch von Haferflocken. Das Ministerium reagierte darauf mit einer Stellungnahme, in der es auch die Untersuchung von Futtermitteln ankündigte, die bislang von der Beprobung ausgespart waren. Ob die in den vergangenen Jahren zunehmende landwirtschaftliche Praxis, Getreide vor der Ernte für den Effekt der gleichmäßigen Abreife mit dem glyphosathaltigen Pflanzenschutzmittel Roundup totzuspritzen, sich in vermehrten Funden des Mittels in Getreide niederschlägt, ist bislang offenbar noch nicht untersucht worden. Als bodenschonende Maßnahme, zum Teil auch finanziell gefördert, spart die sogenannte Vorerntesikkation Geld und Zeit und wird entsprechend immer beliebter. Auch die Stoppelbearbeitung oder Zwischenfruchtabtötung mit der Spritze nimmt zu und hinterlässt damit unter Umständen ganz neue Glyphosatrückstandsopfer: Wild, das auf den entsprechenden Flächen Futter sucht. Falls es sich um dessen Henkermahlzeit aufgrund eines pirschenden Jägers handelt, könnte auch über diesen Weg Glyphosat auf den menschlichen Speiseplan gelangen. **cs**

EuGH gegen Patent auf Leben

Am Ende fällt der Europäische Gerichtshof EuGH ein Urteil, das dem Tenor des Generalanwaltes in seinem Schlussantrag folgte: Er schrieb, die EU sei nicht nur ein zu regulierender Markt, in ihrem Recht müssten auch Werte zum Ausdruck kommen. Deshalb hatte er dem Ansinnen des Bonner Wissenschaftlers Oliver Brüstle eine Absage erteilt, Verfahren patentieren zu lassen, die durch die Zerstörung menschlicher Embryonen entwickelt werden können. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte Einspruch gegen ein Brüstle bereits 1999 erteiltes Patent erhoben. Patentieren lassen hatte sich der Embryonenforscher die Beschreibung der Gewinnung von Nervenzellen aus bereits existierenden embryonalen Stammzellen. Gleichzeitig bezeichnete er die Auseinandersetzung um das Patent als „Indikator dafür, ob Innovation und transnationale biomedizinische Forschung in diesem Bereich in Deutschland überhaupt sinnvoll ist. Und ob es möglich sein kann, dass eine Umweltschutzorganisation hierzulande den biomedizinischen Fortschritt blockiert.“ Dementsprechend zeigte er sich enttäuscht nach der Entscheidung des EuGH. Werten muss man das Urteil tatsächlich als Sieg für die Bewegung gegen die Patentierung von Leben, ein vernichtender Schlag gegen die Zellforschung ist es aber nicht. Längst geht die Tendenz hin zur Nutzung der ethisch unproblematischeren Körperzellen. Das Urteil bleibt aber ein klares Statement des höchsten Europäischen Gerichts gegen Patente auf menschliche Embryonen und zwar vom ersten Tag ihrer Entwicklung an – und damit ein deutliches ethisches Urteil. **cs**

Honig hat Folgen

Nach dem wegweisenden Urteil des Europäischen Gerichtshofes EuGH zur nicht zulässigen Verkehrsfähigkeit von Honig mit Spuren verbotener Genkonstrukte, geht es nun an die praktischen Folgen. Während Europa erste Untersuchungsergebnisse veröffentlicht, die europäischem Honig Gentechnikfreiheit bescheinigen, fanden sich in Restbeständen kanadischen Honigs nicht zugelassene Genkonstrukte. Die Gläser wurden aus den Regalen geräumt. Währenddessen fürchtet noch die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Christel Hap-pach-Kasan, ein Chaos, das sich nur durch die Aufgabe der Nulltoleranz gegenüber von Spuren von nicht zugelassenen GVO auflösen lasse. **cs**

Kurzes am Rande

Glyphosat: Eine Zeitbombe

Don Huber berichtet über Wirkungen von Glyphosat

Glyphosat: Einfach in der Anwendung, für den Menschen ungiftig, mit geringer Toxizität für alle Nichtzielorganismen. So verspricht es die Werbung. Durch Gentechnik herbizidresistent gemachte Pflanzen verhalfen Glyphosat zu einem ungeahnten Boom. Aber auch bei der Direktsaat ist es angenehm, wenn Unkraut und auflaufendes Getreide abgestorben sind. Nach Angaben der Seite Biosicherheit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) kommt Glyphosat auf einem Drittel der Ackerflächen Deutschlands zum Einsatz.

Schon seit Jahren jedoch häufen sich die kritischen Stimmen, die behaupten, dass das Wundermittel auch negative Eigenschaften hat. Derzeit reist der amerikanische Professor für Pflanzenphysiologie Don Huber auf Einladung der Zivilcourage Vogelsberg durch Österreich und Deutschland und berichtet von seinen Forschungsergebnissen. Seine Botschaft ist eindeutig: „Wir haben in den USA eine große Zahl an Problemen in der produzierenden Landwirtschaft, die sich anscheinend verstärken und manchmal direkt mit gentechnisch veränderten Pflanzen (GMO) zusammenhängen und/oder den Produkten, auf die sie resistent gemacht wurden – vor allem in Bezug auf Glyphosat“, schrieb er in einem Brief an den EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso. In seinen Vorträgen berichtet er ausführlich von seinen Forschungen zu den Auswirkungen von Glyphosat auf das Pflanzenwachstum.

Unerreichbare Nährstoffe

Jede Pflanze braucht Nährstoffe, die sie über die Wurzel und die Blätter aufnimmt. Nur wenn alle von der Pflanze benötigten Stoffe in ausreichender Menge vorhanden sind, kann die Pflanze optimal wachsen. Don Huber stellt insbesondere die Bedeutung der Mikronährstoffe heraus. Der Einsatz von Glyphosat habe zur Folge, dass

viele Mikronährstoffe, vor allem Mangan und Zink, aber auch Calcium, Cobalt, Kupfer, Eisen, Kalium, Magnesium und Nickel, im Boden für die Pflanzenwurzeln unerreichbar gebunden würden. Für die Pflanze hat die reduzierte Verfügbarkeit weitreichende Konsequenzen. Don Huber verdeutlicht die Bedeutung der Mikronährstoffe anhand eines Beispiels: Man stelle sich einen Motor vor. Eine perfekt durchdachte, leistungsstarke Maschine. Vollgetankt. Die Mikronährstoffe vergleicht Huber mit dem Zündschlüssel. Wenn er fehlt, hilft die beste Technik nichts, der Motor kann nicht laufen. Die Bindung der Mikronährstoffe an Glyphosat ist aber nicht dessen einzige negative Auswirkung. Daneben berichtet Huber von einer veränderten Krankheitsanfälligkeit der Pflanzen. Er zeigt, dass der Pilzbesatz der Wurzeln in Folge von Glyphosat deutlich steigt. Dagegen fällt z.B. die Zahl der Pseudomonaden; ein Bakterienstamm, dem zwar auch pflanzenpathogene Arten angehören, aber vor allem viele, die zum Schutz der Pflanze beitragen, auch die mit Mykorrhizapilzen assoziierte und dadurch das Wachstum der Pflanze fördernde Art *Pseudomonas putida*.

Weitere Auswirkungen des Zusammenspiels von Glyphosatanwendung, Nährstoffaufnahme und Krankheit sind nach Darstellung von Don Huber das bisher nur in den USA bekannte plötzliche Welken ganzer Bestände z.B. von Sojabohnen. Auch das vermehrte Auftreten von Fusarienbefall der Ähren im Weizen führt Huber auf den Glyphosateinsatz in vorherigen Jahren zurück.

Mundtot machen

Bei seinen Vorträgen präsentiert Prof. Don Huber umfangreiches Material, er gibt die wissenschaftlichen Quellen an, aus denen er zitiert. Er vermittelt keineswegs den Eindruck, nur an einer schnellen Panikmache interessiert zu sein. Gerade dies wird ihm aber von unterschiedlicher Seite unterstellt. Auch das BMBF, mit der gentechnikfreundlichen Ministerin Annette Schavan, versucht auf der Seite www.biosicherheit.de unter der Überschrift: „Gefahr durch Glyphosat? Kampagne gegen Herbizid auf dünnem Eis“ die Argumente wegzuwischen, anstatt sich mit den Erkenntnissen des Wissenschaftlers auseinander zu setzen. Der Kommentar eines Lesers hierzu: „... nun gibt es mit Prof. Huber einen Wissenschaftler, der seine Aussagen aus annähernd 150 internationalen Studien gewonnen hat – und dann glaubt man ihm nicht! Recht hat, wer die Macht auf seiner Seite hat. Wirtschaft oder Wissenschaft – wer bestimmt, wo's lang geht?“ **mn**



Ein Wissenschaftler, kein Politiker: Prof. Don Huber
Foto: Nürnberger

Patentamt scheut Öffentlichkeit

Die Patententscheidung zu Brokkoli fällt hinter verschlossenen Türen

Angesetzt war der Termin der öffentlichen Anhörung schon seit Monaten für den 26. Oktober. Wenige Tage zuvor jedoch hat das Europäische Patentamt (EPA) diesen Termin abgesagt. Die Entscheidung im umstrittenen Brokkoli-Fall wird nun aufgrund der Aktenlage entschieden werden. Das Patent EP1069819, dessen Rechte zur Zeit der US-Konzern Monsanto nutzt, umfasst eine neue Brokkoli-Sorte, die durch konventionelle Methoden gezüchtet wurde. Die Konkurrenzfirma Syngenta hatte gegen das Patent erst Einspruch und dann Beschwerde eingelegt. Hintergrund des Verfahrens ist die Frage, ob eine Pflanze aufgrund der Besonderheit des Verfahrens, mit dem sie erzeugt wurde, patentiert werden kann. Derartige Product-by-Process-Ansprüche wurden in der Vergangenheit vor allem bei der Patentierung von neuartigen chemischen Substanzen angewendet, wenn es nicht möglich war, die Stoffeigenschaften exakt zu beschreiben. Indirekt patentiert man das Produkt dann anhand des Herstellungsprozesses. Bei dem im Besitz von Monsanto befindlichen Patent auf Brokkoli werden neben dem Züchtungsverfahren auch die Pflanze, die Ernte und das Saatgut patentiert. Mit der jetzt erfolgten Absage der

öffentlichen Anhörung durch das EPA wird es wahrscheinlich, dass sich die Unternehmen darauf geeinigt haben, die Patentierung der Züchtungsmethode zu streichen. Das Patent auf die Pflanze, das Saatgut und die Ernte würden fortbestehen.

Kein Patent auf Leben

Das Patentamt ignoriert damit den Willen breiter Teile der Bevölkerung sowie der Bundesregierung, die eine Patentierung von Tieren und Pflanzen ablehnen. Rund 450 Menschen kamen deshalb am vergangenen Mittwoch zum Patentamt, um gegen die Absage der Anhörung, aber vor allem das Patent auf Brokkoli zu demonstrieren. „Das Patentamt und die Industrie scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Man wollte die angekündigte Demonstration, zu der auch Bundesministerin Ilse Aigner eingeladen war, verhindern. Anders lässt sich die kurzfristige Absage nicht erklären“, sagt Ruth Tippe von der Initiative „Kein Patent auf Leben!“, die zusammen mit Organisationen wie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Bund für Umwelt und Naturschutz, Greenpeace, Misereor, der Zivilcourage Bayern und vielen weiteren Organisationen gegen Patente auf Saatgut protestiert.

„In Zeiten, in denen etwa eine Milliarde Menschen hungern, ist es unmoralisch, Lebensmittel durch Patentmonopole künstlich zu verknappen und zu verteuern. Konzerne wie Monsanto missbrauchen das Patentrecht, um aus Lebensmitteln Spekulationsobjekte zu machen“, sagt Kerstin Lanje von Misereor. *mm*



Trotz abgesagter Verhandlung demonstrierten mehrere Hundert Menschen vor dem Patentamt in München gegen Patente auf Leben. Sie forderten Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf gegen das Brokkolipatent Klage beim Bundespatentgericht einzureichen. Foto: Potthof

Ein Patent für Europa

EU arbeitet an einer Vereinheitlichung der Vergabe von Patenten

Es soll ein echtes europäisches Patent werden, was einige EU-Mitgliedsstaaten da anstreben. Bisher erteilt zwar auch das Europäische Patentamt neben den nationalen Patentämtern Patente, diese mussten aber danach noch aufwändig von dem jeweiligen nationalen Patentamt des Antragstellers verifiziert werden. Häufig gab es nicht nur Übersetzungsprobleme. Hinzu kommt, dass es für Einwender gegen vom Europäischen Patentamt erteilte Patente nur die Möglichkeit gibt, vor die große Beschwerdekammer des Amtes zu ziehen, die als Teil des Apparates mitnichten eine unabhängige Gerichtsbarkeit darstellt. Dies soll nun zumindest teilweise anders werden, darauf haben sich zumindest 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geeinigt. Drei wesentliche strukturelle Änderungen sind vorgesehen, inhaltlich soll weder das geltende europäische Patentübereinkommen noch die Biopatentrichtlinie angetastet werden. Es soll ein einheitliches Europäisches Patent geben, das zwar auf Grundlage der nationalen Bestimmungen, aber beim Europäischen Patentamt erteilt wird und damit seine Gültigkeit in den beigetretenen

Mitgliedsstaaten erhält

Es gibt eine einheitliche Sprachenregelung, um die vergangenen Übersetzungsprobleme zu beheben

Es wird eine europäische Gerichtsbarkeit eingerichtet, bei der Unstimmigkeiten außerhalb des Europäischen Patentamtes geregelt werden können.

Öffentlicher Druck

Man darf gespannt sein, wie sich die Dinge hier entwickeln. Auf einem Arbeitstreffen, zu dem das Bundeslandwirtschaftsministerium Experten zum Thema eingeladen hatte, machten die Ministeriumsvertreter deutlich, dass sie mitnichten damit zufrieden sind, dass inhaltlich nur die geltenden Richtlinien übernommen werden sollen. Man befürchtet dann den Verlust zweier speziell in Deutschland zusätzlich erstrittener Errungenschaften. Nämlich den Erhalt des eingeschränkten Züchterprivilegs und die Ausnahme des Patentschutzes für biologisches Material, das im Bereich der Landwirtschaft zufällig oder technisch nicht vermeidbar gewonnen wird. Das heißt, wenn z. B. Pollen von patentierten Pflanzen auf ein Nachbarfeld mit konven-

tioneller Saat wehen und sich Spuren der Erfindung dann auch in diesem Erntegut finden, unterliegt dies nicht dem Patentschutz. Hier muss aus Sicht des Ministeriums noch nachgearbeitet werden. Allerdings darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor den grundsätzlichen Anspruch vieler Politiker wie auch NGOs gibt, die Biopatentrichtlinie zu überarbeiten und eine Patentierung von Tieren und Pflanzen tatsächlich und nicht nur scheinbar unmöglich zu machen. Matthias Miersch, SPD-Bundestagsabgeordneter, der bei der Expertenrunde dabei war, hat das erneut unterstrichen. Gleichzeitig wurde dort aber auch erläutert, dass das EU-Parlament derzeit an einer Resolution arbeitet, bei der nicht explizit die Änderung der Biopatentrichtlinie gefordert wird, da offenbar nicht wenige Parlamentarier fürchten, dass bei einer Öffnung der Richtlinie diese in die entgegengesetzte Richtung geändert wird. Für Miersch ist das auch eine Frage des öffentlichen Drucks. Seiner Meinung nach sollte es ein grenzüberschreitendes konzertiertes Vorgehen für eine positive Änderung geben. *cs*

KWS, ökologisches Saatgut, Gentechnik

Der Umgang mit der KWS bei den Ökoverbänden macht auf das Dilemma der ökologischen Züchtung aufmerksam

Weidegang

Laut *Wochenblatt Westfalen-Lippe* hatten im Jahre 2009 42% der deutschen Kühe Weidegang. In Herden von 50 bis 99 Kühen betrug der Anteil 51%, in Herden von 100 Kühen und mehr nur 33%. In Holland unterstützen Großmolkereien aus Marketinggründen mittlerweile mit der Zahlung höherer Erzeugerpreise den Weidegang. en

Mehr Hunger

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise hungern wieder mehr Menschen auf der Welt. Nach Untersuchungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stieg die Zahl der Hungernden aktuell auf etwa 925 Millionen. Zwei Drittel der auf der Welt hungernden Menschen sind Bauern und Bäuerinnen, deren Produktionsgrundlagen nicht ausreichen, um darauf angemessen zu wirtschaften. Die FAO betonte, dass gestiegene Lebensmittelpreise, wie sie derzeit durch die angespannte wirtschaftliche Lage entstanden sind, kurzfristig die Situation der Hungernden verschärfen. Langfristig stabilisieren sie allerdings die Lebenssituationen gerade von Kleinbauern und Bäuerinnen. So haben Länder mit entsprechenden Sicherheitsnetzen, die sich mehr oder weniger vom internationalen Handelsgeschehen abkoppelten, weniger Hungernde zu beklagen als in der Vergangenheit. cs

Vielen ist es vielleicht gar nicht bewusst, Andere wollen vielleicht nicht darüber nachdenken. Dabei handelt es sich um einen seit Jahren andauernden, massiven Widerspruch: Die im Ökolandbau verwendeten Sorten stammen zu erheblichen Teilen von Zuchthäusern, welche aktiv die Gentechnik fördern. Da die Ökologische Landwirtschaft die Agro-Gentechnik grundsätzlich ablehnt, jedoch von den Sorten dieser Unternehmen teilweise abhängig ist, ergibt sich eine scheinbar nicht aufzulösende



Bio-Saatgut und Gentechnik gehen nicht zusammen, meint Benjamin Volz. Foto: Volz

Zwickmühle. Besonders deutlich wird dies bei der KWS SAAT AG. Dieses weltweit agierende Saatgut-Unternehmen erwirtschaftet über ein Fünftel seines Umsatzes mit gentechnisch verändertem (gv) Saatgut. In Deutschland ist die KWS u.a. für die Freisetzungen von gv-Zuckerrüben verantwortlich. Die KWS ist darüber hinaus ein Global Player für gv-Mais und gv-Zuckerrüben sowie langjähriger Partner von Monsanto. Gleichzeitig ist die KWS aber auch „Partner“ von zahlreichen Ökolandbau-Organisationen und einer der größten Lieferanten für Öko-Saatgut. Dabei handelt es sich größtenteils um ökologisch vermehrte konventionelle Sorten, bei denen die KWS oft zwar nicht direkter Lieferant, aber profitierender Lizenzinhaber ist.

Die Untersuchung

Für meine Bachelor-Arbeit an der Universität Kassel/Witzenhausen habe ich am Beispiel der KWS SAAT AG untersucht, wie kritisch Ökolandbau-Zeitschriften mit diesem Widerspruch der Kooperation mit Gentechnik-Firmen umgehen. Für diese Untersuchung wurde die Berichterstattung mindestens der letzten drei Jahre betrachtet. Untersucht wurden die Zeitschriften *Bioland*, *Lebendige Erde*, *Naturland Nachrichten*, *Ökologie und Landbau* und *Unabhängige Bauernstimme*. Es wurden alle Artikel, welche die KWS erwähnen oder sich indirekt mit ihr beschäftigen, analysiert. Zusätzlich wurden die Redaktionen

schriftlich befragt. Leider haben nur drei der fünf Redaktionen geantwortet.

Die Berichterstattung

Wie zu erwarten, setzen sich alle Zeitschriften relativ intensiv und kritisch mit dem Thema Gentechnik im Allgemeinen auseinander. Eine Berichterstattung über die KWS ist aber nur in einem deutlich geringeren Maße anzutreffen, beschränkt sich teilweise auf die Ökosparte des Unternehmens und fehlt in anderen Zeitschriften ganz. Das verwundert, da die KWS in Deutschland vor allem durch ihr massives Vorantreiben der Freisetzungsvorhaben mit gv-Zuckerrüben immer wieder in den Fokus der gentechnikkritischen Initiativen rückt. Nur in seltenen Fällen wird in den Zeitschriften der Widerspruch, welcher durch die Zusammenarbeit der Ökologischen Landwirtschaft mit der KWS besteht, direkt angesprochen. Es stellte sich heraus, dass die Zeitschriften *Unabhängige Bauernstimme* und *Bioland* generell am häufigsten die Gentechnik-Sparte der KWS erwähnen. Die Beiträge in der *Unabhängigen Bauernstimme* setzen sich dabei am kritischsten mit der Gentechnik-Sparte der KWS auseinander. In der *Bioland* wird eine relativ intensive und kontroverse Diskussion geführt. Spannend ist, dass die dortige Diskussion vor allem durch kritische Leserbriefe angestoßen wurde. Die drei übrigen Zeitschriften zeigen eine sehr viel weniger kritische Berichterstattung gegenüber der KWS: In der Zeitschrift *Ökologie und Landbau* wird in keinem Artikel die Gentechnik-Sparte der KWS thematisiert (dies geschieht aber nach dem Untersuchungszeitraum, in 1/2011). Die *Lebendige Erde* widmet dem Thema in drei Jahren nur zwei kritische Artikel. Man muss zusätzlich relativieren, dass es sich dabei um einen Artikel von externen Autoren sowie um einen Leserbrief handelt. Die *Naturland Nachrichten* berichten mehrfach neutral bis positiv über die Ökosparte der KWS. Dass das Unternehmen eine Gentechnik-Sparte hat wird niemals kritisiert. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Öko-Betrieb der KWS Mitglied im Naturland-Verband ist.

KWS-Werbeanzeigen

Die Zeitschriften *Ökologie und Landbau*, *Lebendige Erde* und *Naturland Nachrichten* drucken regelmäßig Werbeanzeigen der KWS ab. Ein direkter Zusammenhang der zurückhaltenden Berichterstattung mit den Werbeanzeigen des Gentechnik-Konzerns kann aber nicht unterstellt werden. Auch weil die Anzeigenpreise der einzelnen Zeitungen vergleichsweise gering sind und daher nicht zu finanzieller Abhängigkeit führen können. Das *Bioland-Magazin* beendete immerhin

aufgrund von zahlreichen Beschwerden durch Leser das Abdrucken von KWS-Werbeanzeigen.

Der Fragebogen

Sehr unterschiedlich waren die Antworten der Redaktionen auf den Fragebogen. Die Antworten von *Bioland* deckten sich weitgehend mit der festgestellten Berichterstattung. Sehr überrascht hat mich die Antwort der *Lebendige Erde*-Redaktion, dass die Gentechnik-Sparte der KWS kein relevantes Thema sei. Zu den Anzeigen der KWS äußerte sich die *Lebendige Erde* wie folgt: „Es gab negative Leserreaktionen. Allerdings haben wir das Informationsbedürfnis der Leser über eine mögliche Irritation gestellt.“ Die Antworten der Redaktion der *Naturland Nachrichten* steht in scheinbarem Widerspruch zur eigenen Berichterstattung: „Allerdings wird durch die ökologischen Züchtungsmaßnahmen auch der Gesamtkonzern KWS gestärkt, der mit der Agro-Gentechnik einen unkontrollierbaren Einfluss auf das Öko-System und unsere Kulturlandschaft nimmt. Ein „Partner“ des Ökolandbaus wie KWS kann auch dem Image der Öko-Branche schaden und die Entfaltung kleinerer Züchter behindern.“ Es bleibt die Frage, weshalb die Berichterstattung nicht ähnlich kritisch ausfällt.

Welches Saatgut in Zukunft?

Die Gründe für die teils sehr unkritische Berichterstattung konnten nicht abschließend geklärt werden. Die enge Verbindung der KWS mit dem Ökolandbau macht die Abhängigkeit auch der ökologisch wirtschaftenden Betriebe von weltweit agierenden Saatgutunternehmen deutlich. Auch scheint der Gedanke der Naturland-Redaktion schlüssig, dass die KWS als Gesamtunternehmen und damit auch die Gentechniksparte vom Ökolandbau gestärkt werden. Es bleibt zu fragen, ob es nicht die journalistische Pflicht der Redaktionen ist, genau dieses Spannungsfeld genauer zu beleuchten und immer wieder auf bestehende Interessenskonflikte hinzuweisen. Denn nicht zuletzt benötigt jeder Landwirt diese Informationen, um sich eigenverantwortlich entscheiden zu können, welchen Züchter er in Zukunft mit seinem Saatgutkauf unterstützen möchte. Die große Frage ist doch: Von wem soll unser Saatgut in Zukunft stammen? Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn sich die Ökolandbauverbände noch intensiver als bisher mit der Thematik einer von Anfang an ökologischen, den eigenen Kriterien genügenden, Saatgutzüchtung annehmen würden. Denn die KWS treibt die, für die gesamte gentechnikfreie Landwirtschaft existenzbedrohende Gentechnologie massiv und rücksichtslos voran.

Benjamin Volz,
Agraringenieur, Trainee bei der SÖL

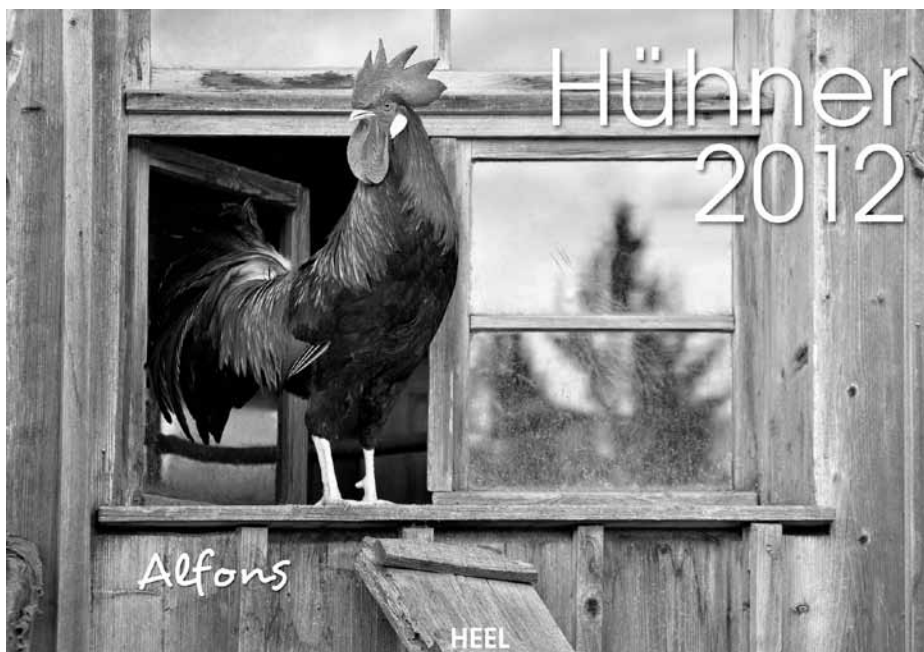
Leserbrief:

zum Artikel „Blutschwitzen durch Impfstoff“ 7/2011

Frau Schavans Parole „Es darf doch in Deutschland nicht so weit kommen, dass man einem Landwirt mehr glaubt als einem Forscher!“ (Bürgerforum der CDU in Ehingen am 20.7.2007) gilt anscheinend auch bei den vermeintlich Gleichgesinnten, denn eigentlich hätte der Bericht „Blutschwitzen durch Impfstoff“ wie folgt beginnen müssen: Wissenschaftler des Paul-Ehrlich-Instituts bestätigen die Erkenntnisse dreier Tierheilpraktikerinnen aus Bayern, die bereits vor über 2 ½ Jahren nach Hinweisen des impfkritischen Landwirts Hans Spitzl aus Bayern herausgefunden haben, dass das Blutschwitzen durch den Impfstoff PregSure der Firma Pfizer verursacht wird. Frau Birgit Gnadl und Frau Angela Lamminger-Reith fanden diesen Zusammenhang in einer Erhebung von 1000 befragten Betrieben zum Impfstoff PregSure wieder. Angesichts des Wissens um die Ursache konnten Frau Claudia Miklos und die anderen beiden Tierheil-

praktikerinnen viele Blutschwitzkälber homöopathisch heilen. Auch wurden sie bei einer landwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtung und einer tierärztlichen Fakultät in Bayern vorstellig. Doch nach dem Motto „Was nicht sein darf, das nicht sein kann“ konnte man sich dort einen Zusammenhang nicht vorstellen. Da nun aber ein Bundesinstitut (PEI) mit hochrangigen Wissenschaftlern und Forschern die bereits in der Praxis bekannte Ursache und deren schädlichen Folgen bestätigt, erfolgt die offizielle Anerkennung der Verursachung. Und es ist eben genau das Bundesinstitut, zu dessen amtlichen Aufgaben die Entscheidung über die Zulassung von Impfstoffen im Human- und Veterinärbereich gehört. Welche Kriterien und Forschungsergebnisse bildeten eigentlich die Grundlage für die Entscheidung zur Zulassung des Impfstoffes PregSure?

Irmgard Enghart,
1. Sprecherin der IggT



Hühner an der Wand

Die Kuh Emma und Esel Nanette, das Schaf Heidi und Günther die Gans. Auch im neuen Jahr bekommt jedes Tier im Landwirtschaftskalender einen Namen, was den lebendigen Fotos noch mal einen eigenen witzigen Charakter verleiht. Schöne, glückliche Kühe, idyllisches Panorama mit Schafen, ganz glorreiche Gänse und schöne Esel. Jede Tierart bekommt ihren eigenen Kalender. „Gänse und Enten 2012“, „Kühe 2012“, „Schafe 2012“ oder „Esel 2012“ kann man Jedem schenken, der sich über den Anblick schöner Tiere freut. Diesmal gibt's auch den Kalender für Freunde von klassischen Traktoren. mh

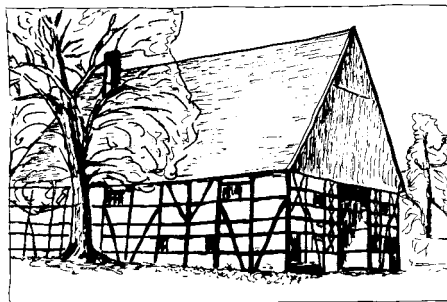
Landwirtschaftskalender, je 12 S. Vierfarbkunstdruck, 475 x 330 mm, je 14,99 €, über den ABL-Verlag zu beziehen.

Selbsttötung

Ja, es stimmt, meine Tochter hat versucht, sich umzubringen. Das ist jetzt fünf Jahre her.

Wie kann ich damit leben? Wer fühlt mit mir?

Dieses Kind mit achtzehn Jahren: überbordende Lebensfreude und unbändige Energie! Was kostet die Welt?



... aus Westfalen

Und dann, ein halbes Jahr später, ein schreiendes, weinendes Häufchen Elend, unfähig, etwas zu tun, unfähig, die Wohnung zu verlassen.

Am Anfang die Überzeugung, ich rede mit ihr, ich rede ihr gut zu, alles wird wieder gut.

Doch was muss man lernen? Du kannst deinem depressiven Kind seine Sicherheit, sein Selbstbewusstsein nicht zurückgeben. Du bist machtlos.

Die Zeit des Selbstzweifels beginnt. Die ewige Frage „Was habe ich, was haben wir falsch gemacht?“ lässt dich nicht mehr los.

Du setzt deine ganze Hoffnung in die professionellen Helfer, die Psychiater und Psychotherapeuten.

Du hast die ganze Allopathie schon immer Scheiße gefunden, eine absolute Notlösung, doch jetzt helfen anscheinend nur noch Psychopharmaka.

Wenn das Kind ein Tief verlassen hat, bist du zuversichtlich. Es geht ihm besser, es geht ihr richtig gut! Irgendwann erkennst du, dass die manische Phase begonnen hat. Dein Kind kann Bäume ausreißen. Bald jedoch drohen sie, sie zu erschlagen.

Plötzlich packt dich wieder die Angst. Wird sie es noch einmal versuchen?

Du kannst dich nur befreien, wenn du für dich selbst auf „nicht schuldig“ plädiert. Dein Kind ist seit zwanzig Jahren auch dem Leben außerhalb der Familie ausgesetzt. Es ist seit Jahren erwachsen. Für meine Tochter ist das Leben offensichtlich kaum zu ertragen. Es gibt auf die oft gestellte Frage nach dem „Warum“ immer die gleiche Aussage: Es existiert kein bestimmter Grund. Es gibt kein einschneidendes Erlebnis. Das muss ich akzeptieren.

Ja, es stimmt, es kann wieder passieren. Vielleicht wird meine Tochter sich selbst töten. Ich kann diese Vorstellung nur dadurch ertragen, dass ich hoffe, dass es für sie eine Erlösung aus ihrem irdischen Kerker wäre.

Ich würde das Bild im Herzen bewahren, wie sie als Fünfjährige mit drei Katzen auf dem Arm in Gummistiefeln lachend über den Hof marschiert.

Die Hoffnung bleibt, dass sie das in nicht zu ferner Zukunft wieder tun wird.

Ein Bauer (54) erzählt ...

Zwischen Käse und Kuhkacke

Früh aufstehen, melken, käsen, Tiere versorgen, essen, schlafen. Ein Monat Alp in der Schweiz

Hallo, ich bin Sophia. Ich habe im Mai mein Abitur gemacht und mich dann nach neuen Abenteuern umgesehen. Gelandet bin ich schließlich in der Schweiz, auf der Alp Prada, im Bezirk Graubünden. Dort sollte ich also die nächsten vier Wochen zusammen mit dem Senn Michi, der Zusennerin Fidi, dem Chilenen Danilo und meinem Vater und Hirten Hendrik als Batzgerin (Zuhilfe) arbeiten und leben. Der Viehbestand zählte 74 Kühe, den Stier Michael, 5 Hühner und 22 Schweine. Nicht zu vergessen: Otavia, unsere Hirtenhündin, eine Bergamaskerdame von acht Jahren. Schnell war das Alpteam für mich wie eine Familie geworden und so wurde auch die harte Arbeit schnell zur Routine. Morgens um 4:00 klingelte der Wecker, dann hieß es schnell in die kalten Stallkleider schlüpfen und raus in den Hof. Denn schon kamen die Kühe, die von Papa von der Nachtweide geholt worden waren und eingestallt werden mussten. Es gab vier Ställe, die im Viereck angeordnet waren, und in jedem waren ca. 18 Kühe. Die Ställe hatten jeweils unterschiedliche Farben und jede Kuh hatte ihre Stallplatznummer in der passenden Farbe auf dem Arsch. Schon bald kannten die meisten Kühe ihren Platz und ihre Nachbarn. Aber natürlich gab es auch solche, die immer erst jeden anderen Platz ausprobieren mussten, bevor sie sich widerwillig auf ihrem eigenen anketten ließen. Nach dem Einstellen ging es noch mal in die Stube und es wurde Tee getrunken und eine Kleinigkeit gegessen, bevor es dann ans Melkgeschirre-Zusammenbauen ging. Um halb 6 wurde spätestens mit Melken angefangen. Während Fidi und Papa die Kühe melkten, fütterte ich die Schweine und half dann meinem Kollegen Danilo, die Milchkanne aus dem Stall zu tragen. Vorm Stall wurde die noch dampfende Milch gefiltert und dann 40 l-weise in die Sennerei gebracht. Oft fielen auch noch Nebenaufgaben an, wie Zahlen nachmalen, Zitzen fetten, oder Namensschilder nachschreiben etc... Die Kühe kamen von zehn unterschiedlichen Bauern und waren leider zum großen Teil enthornt. Ich genoss die Morgende immer sehr, denn es war jedesmal so traumhaft, wenn die Sonne langsam Berg für Berg in goldenes Licht tauchte und man langsam zwischen den wärmenden Kühen auf die nächste Milchkanne wartete. Nebenbei feilten Danilo und ich an unserer Kommunikation, denn er konnte außer Spanisch nur ein paar Wörter Englisch und ich konnte kein

einziges Wort Spanisch. So kamen Morgen für Morgen immer mehr Wörter dazu, angefangen natürlich bei den wichtigen Wörtern Kuh-Milch-gut-fertig-wechseln. Wenn auch die letzte Kuh, auch die mit Antibiotika behandelten, gemolken worden waren, ging es an die Krankenpflege, sodass ich dann meistens Zuflucht in der Sennerei beim Spülen suchte. Denn das Verbinden von den verletzten Hufen, Eiter ausdrücken und Abszesse behandeln ging so früh am Morgen über meine Schmerzengrenze. Ich half dann also Michi, die Käseformen vom Vortagskäse zu spülen und bereitete alles für den neuen Käse vor. Schnell fand ich meine Stammaufgabe, das Vorkäsen, bei dem die eingedickte und mit Kultur versetzte Milch in ca. Maiskörner große Kügelchen geschnitten werden muss. Mit der Harfe wird der Käse geschnitten, während mit einer Art Schaufel die dicke Milch entgegen gerührt wird, bis die Stücke kleiner und kleiner werden. Ich fand die Arbeit in der Sennerei vom Butterkneten und -waschen, Vorkäsen und Käse ausziehen bis hin zum Käse schmieren sehr

Stunden Arbeit Frühstück gemacht, das einem eher wie Mittagessen vorkam. Es gab natürlich den eigenen Joghurt, die eigene Milch und verschiedenen Käse. Soviel Käse wie in der Zeit habe ich sicher mein ganzes Leben noch nicht gegessen! Wenn dann der Senn immer öfter auf die Uhr schaute, wusste man, dass es bald Zeit war zum Käseausziehen und man fing schon mal an, sich zu entkleiden, denn in der Sennerei hatte es dann mindestens 40 feuchtwarme Grad. Das Käseausziehen ging wesentlich leichter als noch vor zwanzig Jahren, als das Kernteam seine letzte Alp gemacht hatte. Inzwischen gab es einen Kran zum Gesamtauszugmachen, bei dem allerdings gut sechs Hände gebraucht werden konnten. War der Käse aus dem „Kessi“, in der Wanne gepresst und die Molke im Schweinetrog, wurde der Käse in passende Stücke geschnitten, in die Formen getan und nochmals bis zum nächsten Wenden gepresst. War das Käsen erledigt, gingen Danilo und ich in den Käsekeller, der mit der Zeit natürlich immer voller wurde. Eingekleidet mit schweren weißen Schürzen, weißen Gummistiefeln

und an der Oberseite mit Molke und Salz eingerieben und gewendet werden. Wenn wir so gegen 13:00 Uhr dann mit der Arbeit fertig waren, blieb meistens nur das Bett, auf das man sich schon freute und wir schliefen erst mal zwei bis drei Stunden, bis die Kühe wiederkamen und eingestallt werden mussten. Oder ich ging mit Papa auf die Weide zum Hüten oder Zäune ab- und aufbauen. Nachmittags folgte dann der gleiche Ablauf wie am Morgen, nur dass ich diesmal beim Ausstallen und Stallmisten auch dabei war. Die Schweine bekamen auch noch einmal einen Trog voll Molke. Inzwischen hatte Michi meistens schon gekocht und das Abendessen war immer das Highlight des Tages. Michi ist ein begnadeter Koch! Spätestens um halb 11 fielen dann alle todmüde ins Bett, bis auf Michi, der dann oft noch den Käse ein letztes Mal wenden musste. Aber nach so einem Tag, an dem man anfangs über eine Tonne, später nur noch knapp 700 l Milch getragen, Käse bis zum Umfallen geschmiert, ich-weiß-nicht-wie-viel Kuhhärsche beiseite geschoben und ich-will-nicht-wissen-wie-viel Tonnen Kuhscheiße weggeschoben hatte, schlief man tief und fest, besonders wenn dann noch der Regen auf das Dach trommelte. Zwar hatten wir die meiste Zeit schönes Wetter, sodass wir die meisten Mahlzeiten vor der Hütte zu uns nehmen konnten, aber auch an den Tagen, an denen das Gewitter den ganzen Tag zwischen den Bergen hing oder die Nebelbrühe nicht weichen wollte und es kalt, nass und ungemütlich draußen war, musste der Alltag klappen und umso wichtiger war es, dass dann das Miteinander stimmte und man sich Geschichten und Jokes erzählen konnte, z.B. über verschlammte, fluchende oder gar splitter-nackte Mountainbiker. Ich habe die vier Wochen als eine sehr spannende Zeit empfunden, die mir vor allem gezeigt hat, wie viel Spaß es mir macht körperlich, praktisch zu arbeiten. Dort oben, das ist eine ganz andere Welt, in der die Zeit nach ganz anderen Regeln tickt und in der das Gemeinwohl und die Atmosphäre an oberster Stelle stehen, in der jeder in eine ganz neue Rolle schlüpfen kann. Eine Welt, die so viel Rücksicht, Toleranz und trotzdem vollen Einsatz erfordert, damit das Zusammenleben auf engem Raum und das Arbeiten funktioniert und Spaß macht.

Sophia Rauch



Früh auf, spät ins Bett. Erfüllt und glücklich auf der Alp.

Foto: Rauch

interessant und musste doch einsehen, dass es eine Wissenschaft für sich ist, sodass vier Wochen nur für einen minimalen Einblick reichten. Während ich also drinnen mit Saubermachen beschäftigt war, wurden draußen die Kühe wieder auf die Weide getrieben und auch dort mussten nun die Ställe saubergemacht werden. Waren dann alle soweit, wurde endlich nach sechs

und blauen Handschuhen und ausgerüstet mit Schwamm und einer Schüssel Molke und Salz ging es ans Käseschmieren und Musik hören. Zuletzt waren es drei Tonnen Käse, die wir jeden Tag schmierten. Die Käse lagen immer zu dritt auf einem Brett, wobei jeder Käse zwischen 5 und 7,5 kg wog. Danilo hob die Bretter aus dem Regal und dann mussten die Käse am Rand

Schlaue Bauern

Vor 15 Jahren porträtierte der Regisseur Götz Penner in seinem Film „Land am Rand“ Bauern in der existenzgefährdeten Zone in Nordhessen. Jetzt hat er wieder einen Film über Bauern gemacht, der auf dem Dokumentarfilmfestival in Kassel seine Premiere hat. Dinkel für Australien oder Fernblicke für Kühe. So unterschiedlich wie ihre persönlichen Lebensentwürfe reagieren vier Biobauern auf die Veränderungen des Lebensmittelmarktes. Matthias verfolgt das Prinzip der „Gewinnminimierung“ und gestaltet wie ein Künstler sein Naturschutzgebiet. Ottmar spekuliert mehr oder weniger erfolgreich mit dem besten Zeitpunkt, seine Ernte zu verkaufen, und die Brüder Andreas und Klaus haben ein lukratives Handelsunternehmen aufgebaut, das ihnen Experimente wie den Chicoree-Anbau erlaubt.

Die vier sind Bauern, wie sie unterschiedlicher nicht sein können, obwohl sie alle biologische Landwirtschaft betreiben und sich auch schon mal auf ein Bier treffen. Aber der kleine, überschaubare Biomarkt ist ein globaler Wirtschaftssektor geworden und mit seinen wechselnden Marktentwicklungen haben alle so zu kämpfen wie mit dem unberechenbaren Wetter. Da hat jeder seine eigenen speziellen Ideen. Der Film nimmt sich ein Jahr Zeit, um diese schlaue Bauern zu begleiten, und nähert sich behutsam ihren Persönlichkeiten, ihren Wünschen und Sorgen. *cs*

„Schlaue Bauern“ *Filmpremiere auf dem Kasseler Dokumentarfilmfest: 09. November, 17:00 Uhr Gloria-Kino (Friedrich-Ebert-Str.3) Kinostart in Warburg: 21. und 22. November, 19:30 Cineplex Warburg (Obere Hilgenstock 30)*



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Nützt ja nix Stückpreis 11,00 €
-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Ein Bauer erzählt, CD Stückpreis 10,00 €
- Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Nehmt und Euch wird gegeben Stückpreis 27,40 €
- Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
- Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 9,50 €
- Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
- Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag Stückpreis 3,- €
- Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) Stückpreis 3,50 €
- Expl. Wege aus der Hungerkrise Stückpreis 3,10 €
- Expl. Linda und Konsorten Stückpreis 14,90 €
- Expl. was für'n schöner Scheiß, CD Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Kirchliches Themenheft Nutztierhaltung

Nach einer, auch mühevollen, Diskussion hat die Synode als Kirchenparlament der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover ein bemerkenswertes Positionspapier zur Nutztierhaltung und auch zur agrarindustriellen Massentierhaltung beschlossen. Der Kirchliche Dienst auf dem Lande hat dazu ein Themenheft herausgegeben, in dem neben dem Positionspapier auch die Vorträge eines Fachtags zu Ethik, Strukturwandel und Umweltauswirkungen abgedruckt sind, außerdem die Stellungnahmen verschiedener Verbände. *en*

Das „Themenheft Landwirtschaftliche Nutztierhaltung“ kostet 3 Euro und kann bestellt werden beim Haus Kirchlicher Dienste, Postfach 265, 30002 Hannover, Tel. 0511 1241-475 (Fax -499), laendlicher.raum@kirchliche-dienste.de

Food Crash

Bio? Höchstens als Luxus für Reiche. Fast sieben Milliarden Menschen müssen schon jetzt ernährt werden. Nur eine industrielle Produktion: durchrationalisiert und mit Pestiziden, Kunstdünger, Gentechnik versehen kann das gewährleisten! Diese These ist oft zu hören. Aber ist sie wirklich zutreffend? Felix Löwenstein nimmt den Leser in seinem Buch mit auf eine Entdeckungstour, die komplizierten Verhältnisse von Nahrungsmittelproduktion, Firmeninteressen und vor allem der Ernährung jedes einzelnen Menschen zu verstehen. Wer ihm in seinem Buch folgt erfährt, warum die einfache Erklärung der Agrarkonzerne und des Bauernverbandes: Wir produzieren einfach mehr! viel zu kurz greift. Welchen Einfluss hat unser Umgang mit Lebensmitteln, welche Machtstrukturen und Interessen stehen einer gesicherten Ernährung aller Menschen entgegen. Mit seiner zugespitzten These „Wir werden uns entweder ökologisch ernähren oder gar nicht mehr“ betreibt Löwenstein keine apokalyptische Schwarzmalerei. Vielmehr zeigt er an spannend und lebendig erzählten Beispielen, wie es im Einklang mit der Natur – und damit nachhaltig – gelingen kann, die Ernährungsgrundlage der Menschheit zu sichern. Und er beschreibt, welche Hebel politischen und privaten Handelns dafür in Bewegung gesetzt werden müssen. *mn*

Felix zu Löwenstein; Food Crash; 320 Seiten; ISBN 978-3-426-41103-2; 19,99 €, zu beziehen über den ABL-Verlag



(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Dezember 2011 ist am 17. November 2011.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzennahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

Sonstiges

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzenhilfsstoffe mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu

● Maissilage ab 50 to
☎ kostenfrei: 0800.745.243.6

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de



1. Körnerleguminosentag

Dienstag, den 22. November 2011 von 10 bis 16 Uhr
im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse
Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf

Anmeldung: per Fax: 0800 5263329 oder im Internet:
www.landwirtschaftskammer.de

Info: Claudia.Hof-Kautz@lwk.nrw.de, Tel: 0221 5340-177

Projektleitung: Christoph Dahlmann, Tel: 02381-9053170,
Fax: -402221, dahlmann@abl-ev.de
www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de



Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Veranstaltungen

Agrogentechnik

16.11.2011, 04703 Börtewitz
Der 5. Bauern- und Imkertag sucht Alternativen mit Nikola Burgeff, Landwirt, Aktionsbündnis für eine gentechfreie Landwirtschaft in Sachsen; Steffi Holz, Journalistin und Ethnologin zu Sojaanbau in Paraguay; Georg Janßen, Abl; Jürgen Binder, Imkermeister, Vors. Verein Gentechnikfreies Europa.
Anmeldung bis 13.11.: Fax: 035203-37936, tagung@sachsen-gentechnikfrei.de. Infos: ☎035203-31816, www.sachsen-gentechnikfrei.de

Unternehmerische Frauen

16. November 2011, Hohebuch
Tagung für Landwirtschaftliche Betriebsleiterinnen und solche, die es werden wollen, mit Exkursion ins Kochertal bei Abtsgmünd, auf einen Milchviehbetrieb und einen Pferdebetrieb unter weiblicher Führung.
Anmeldung bis 11.11.: Ev. Bauernwerk, Andrea Scherer, ☎07942 107-74, Fax: -77

Tagung für junge Bäuerinnen

17. November 2011, Hohebuch
Schwiegermütter – Schwieger-töchter: Ein Tag für Frauen, die in einen landwirtschaftlichen Betrieb eingeheliratet haben oder einheiraten werden.
Anmeldung bis 11.11.: Ev. Bauernwerk, Andrea Scherer, ☎07942 107-74, Fax: -77

Schafhaltung – Aufbaukurs

18.-20.11.2011, Creglingen-Craintal
Bestandesführung, leistungsgerechte Fütterung und Tiergesundheit mit Dipl.ing.agr. Ulrich Jaudas, Dozent für Tierwirte.
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Zusammen arbeiten

24. und 25.11.2011, Hofgeismar
Landwirtschaftstagung des AgrarBündnis zu Wegen in eine zukunftsfähige Landwirtschaft durch neue Formen von Kooperationen und Netzwerken in Produktion, Vermarktung, Umwelt- und Tierschutz, bei der Finanzierung von Höfen und Projekten, beim Austausch von Wissen und in der politischen Arbeit und Interessenvertretung.
TagungsNr. 11318, Ev. Akademie, ☎05671 881-0, ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

Bauer hält Hof

04. November in 77704 Oberkirch
11 Uhr auf Hof Kimmig, Hesselbach 12, Baden-Württemberg

05. November in 65307 Bad Schwalbach
12 Uhr auf Biolandhof Keller, Hauptstraße 4, Hessen

05. November in 83379 Wonneberg
10 Uhr auf Hof Thaller, Fritzenweg 1, Bayern

05. November in 74589 Satteldorf
10 Uhr auf Hof Hofmann, Untere Kaiserstr. 1, Bayern

06. November in 25885 Ahrenviöl
10.30 Uhr auf Söths Biolandhof, Hauptstr. 64, Schleswig-Holstein

10. November in OT Zollchow 17291
Nordwestuckermark
10.30 Uhr auf Landwirtschaftsbetrieb Paulsen, Stehen Enn 10, Brandenburg

20. November 2011, Mertingen
13.30 Uhr, Hof Josef Bissinger, HeiBesheimer Str. 3, 86690 Mertingen

Infos: www.meine-landwirtschaft.de/
hof-halten/hoftermine.html

Frankenhausener Züchtertagung

05. 11. 2011, Frankenhausen
Kooperationsveranstaltung von KLJB, Domäne Frankenhausen und dem Verein zur Erhaltung und Förderung des Deutschen Schwarzbunten Niederungsringes
Anmeldung: Ute Ackermann, KLJB, ☎02224-946521, u.ackermann@kljb.org

Eherecht und Landwirtschaft

09. November 2011, Hohebuch
Steuerberater Bernd Meyer zu Berstenhorst sowie Rechtsanwalt Jens Keller zu Ehevertrag, Gütergemeinschaft, vermögensrechtliche Konsequenzen, Güterstände und Erbrecht.
Ev. Bauernwerk, ☎07942 107-74, Fax: -77

Zukunft der Tierhaltung

10. und 11. 11. 2011, Göttingen
ASG-Herbsttagung zur Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung
Agrarsoziale Gesellschaft, ☎0551-49709-0, Fax: -16, info@asg-goe.de

Anbau mit dem Häufelpflug

25. bis 27. November 2011, Creglingen-Craintal
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Güllekleinanlagen gemäß EEG

28.11. 2011, Kirchberg/Jagst
Vorträge mit Firmenausstellung. Fördergesellschaft nachhaltige Biogas und Bioenergienutzung, ☎07954 92-1969, Fax: -6132, www.FnBB.de

Monsanto auf Deutsch

30. November 2011, Wemding
01. Dezember 2011, Dasing
Jörg Bergstedt zeigt die Seilschaften zwischen Behörden, staatlicher und privater Forschung, Konzernen und Lobbyorganisationen.
Jeweils 20.00 Uhr im Gasthaus Zur Wallfahrt in Wemding sowie 20.00 Uhr im Bauernmarkt Dasing, 86453 Dasing.
Kontakt: Abl-Bayerisch-Schwaben

BUS für Lebensqualität

ab 30.11.2011, Hohebuch
Zusammenspiel zwischen Mensch und Unternehmen mit einem individuellen Entwicklungskonzept
Evang. Bauernwerk in Würt., ☎07942 107-76, Fax: -77, m.haefner@hohebuch.de

Land zum Leben

30. November 2011, Fürth
Podiumsveranstaltung zur Aktion Brot für die Welt mit Ana Alvarez, ASOCIANA, Argentinien; Isabella Hirsch, Abl Franken; Prof. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof; Uwe Keckeritz (MdB) Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
19.30 Uhr in der Grünen Scheune, Kirchenplatz 7, Fürth

Grundkurs Pflugloser Acker- und Gartenbau

07. bis 10. Dezember 2011, Creglingen-Craintal
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Die Kuh ist kein Klimakiller

12. Dezember 2011, Herrieden
Mit Referentin Anita Idel.
20 Uhr im Gasthaus Bergwirt in Herrieden.
Veranstalter: Abl-9Franken, BDM, Bioland, Mission Eine Welt, KEB. Kontakt: BDM Lkr. Ansbach, Karl Meyer, Fax: 09825-925415, ☎-93460, http://bdm-an.de

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

Alternativ-Kulturen

- Amaranth, Hirse und Hanf
- Vielfalt und Verfügbarkeit
- Sonnenblume, Flachs und Raps
- Hefeextrakt – Zutat oder Geschmacksverstärker?

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr;
Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1,
D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, www.LebendigeErde.de

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



Auf nach Altenkirchen !

Programm siehe BS 10-2011 S. 24



**Junge Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft**

Tagung der jungen AbL

Weiter wachsen, um satt zu werden ?

10. und 11. November in Altenkirchen

Anmeldung: Henrik Maaß, maass@abl-ev.de, mobil: 0160-8217015



**Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

**Tagung und AbL-Bundes-
mitgliederversammlung**

Mensch Macht Markt

11. bis 13. November
Evangelische Landjugendakademie
in Altenkirchen/ Westerwald

Anmeldung bitte schriftlich bis 2. Nov. an:
Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg,
Tel: 04131 4077-57, Fax: -58, info@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel.: 04482/660; steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, info@agraruendnis.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039
 Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474,
 Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304;
 e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;
ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel
 Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aeiter@freenet.de; Armin Hartleitner,
 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,
 Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel.: 01511-1201634; [mail: eckhardt.niemann@freenet.de](mailto:eckhardt.niemann@freenet.de)

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Geländewagen

„Wo sind die offenen Fenster unserer Geländewagen?“ – diese Frage hat Carl-Albrecht Bartmer jüngst bei einer Tagung deklamatorisch in den Raum gestellt. Herr Bartmer ist Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG). Und er will mit seiner Frage aufmerksam machen auf die „Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und der Realität in der Landwirtschaft“. Die Bauern sollten sich nicht hinter Stall- und Hofmauern zurückziehen. Und wohl auch nicht hinter die Fenster ihrer Geländewagen. Stattdessen forderte Bartmer dazu auf, dass man die Bürger durch „große Fensterscheiben“ in die Ställe gucken lässt – und eben auch in die Geländewagen.

Was werden interessierte Menschen im Geländewagen von Herrn Bartmer sehen können? Ganz sicher ihn selbst, vielleicht auf seinem Weg zu seinem Großbetrieb in Sachsen-Anhalt. Möglicherweise auch Werbebroschüren über die Vorzüge der Gentechnik und der „modernen Tierhaltung“. Aber ehrlich gesagt, so genau kennen wir uns im Geländewagen des DLG-Präsidenten nicht aus. Der Geländewagen dringt immer mehr auch in die Agrarszene vor. Wir haben Untersuchungen vorgenommen – über die PKW-Typen auf Parkplätzen vor den Tagungsstätten von verschiedenen Landwirtschaftsversammlungen. Erste oberflächliche Auswertungen ergaben einen höheren Anteil von Geländewagen bei Veredlern und Ackeragrarunternehmern. Aber auch bei einigen Bios und anderen Bauern findet man mittlerweile derlei Fahrzeuge. Nun sind robust gebaute Geländewagen wegen ihrer Pferdestärken und Geländereifen, wegen ihrer hohen Bodenfreiheit oder ihrem Allradantrieb eigentlich „Automobile zum Befahren

von schwierigem Gelände abseits von befestigten Straßen“ (Wikipedia) oder von „Landstrichen, deren Verkehrsinfrastruktur mangelhaft ausgebaut“ ist. Letzteres mag für das reparaturbedürftige Straßennetz und auch für kaputtgefahrenen Wirtschaftswegen durchaus zutreffen – aber auch das erklärt nicht, weshalb neben „Streitkräften, Jägern, Land- und Forstwirten“ mittlerweile jeder zehnte Käufer eines neu zugelassenen PKWs zu den schweren Geländewagen



„Schatz, mach dich nicht immer so dreckig!“

Foto: og/pixelio

bzw. den „SUVs“ („Sport Utility Vehicles“) greift. Laut Zeitschrift *Auto, Motor und Sport* sind es überproportional viele Selbstständige in leitenden Positionen. Leute, die 50.000 oder auch 200.000 Euro übrig haben für „teure Luxuslimousinen“ als „einer Art Statussymbol“ für „Freiheit und Abenteuer und höheren Fahrspaß als andere Nutzfahrzeuge bzw. Alltagsautos“ (www.auto.de). Diese Entwicklung ist auch nur sehr begrenzt auf die steigende Zahl unentwegt anhängerbewegender

Hobby-Pferdehalter oder baumaterialientransportierender Schwarzarbeiter zurückzuführen. Es liegt wohl auch nicht hauptsächlich an der von Unfallforschern konstatierten „mangelnden Kompatibilität“ zwischen schweren Geländewagen und normalen PKWs. Gemeint ist damit der Umstand, dass Insassen von Geländewagen bei Zusammenstößen mit kleineren Autos die besseren Karten haben. Nein, das Vordringen schwerer Nobelkarossen liegt wohl vor allem an der

gesellschaftlichen Tendenz „Hast Du was, bist Du was“ bzw. „Hast Du nix, dann tu wenigstens so als ob“. Man kann sich keinen Versicherungsvertreter, Agrarmanager oder Finanzdienstleister mehr ohne dieses Attribut vorstellen. Und wenn sich viele genau das nicht leisten können – macht nichts, genau das macht ja den Unterschied sichtbar.

Das „Gelände“ der Geländewagen sind mittlerweile unbestreitbar die Straßen. Schade, dass man die 200 oder 300 PS unter der Haube auf vielen verstaubten Autobahnen nicht mehr in Geschwindigkeit umsetzen kann. Hier könnte sich für die Landwirtschaft ein neuer Erwerbszweig auf tun: die Bereitstellung von echtem Gelände! Gerade schwer zu bearbeitende Hanglagen oder nasse Ecken bieten sich hierfür an. Da können sich die verhinderten „Freeländer“, „Land Cruiser“ oder „Pathfinder“ so richtig austoben. Notfalls könnten auch Rinder zur Nutzung der als „Kuhfänger“ oder „Bullenfänger“ bezeichneten Frontschutzbügel bereitgestellt werden. Und wenn sich ein „Großstadt-Cowboy“ so richtig festgewöhlt hat, steht gegen Extrapreis der Trecker zum Abschleppen bereit. Außer vielleicht für besonders unsympathische Pachthaie oder Agrarindustrielle... *en*

unabhängige bauernstimme: verlässt ausgetretene Pfade

11/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221